



VORWÄRTS IN DIE VERGANGENHEIT

Warum die falschen Versprechen der Atomlobby so viel Zuspruch finden und was es stattdessen braucht, um die Energiewende zu vollenden

Schwerpunkt Seite 6–11

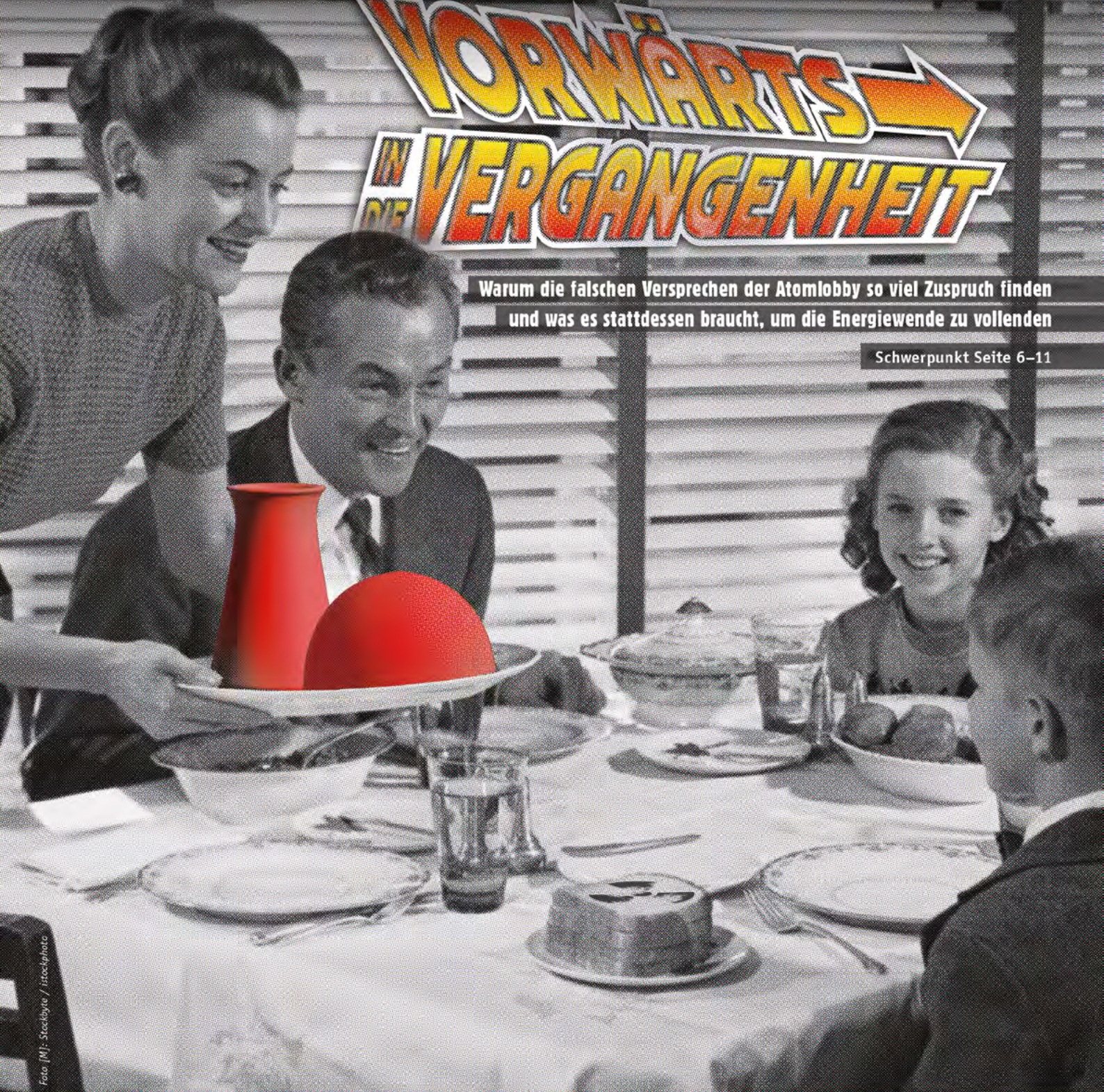


Foto: [M], Steebbyte / istockphoto

Europäische Lobby

Die Atomlobby in Brüssel baggert erfolgreich an Fördertöpfen für die Energiewende

Seite 12/13

US-Krebsstudie

Harvard-Forschende belegen Krebsrisiko durch AKW im Normalbetrieb

Seite 14/15

Französische Bande

Netzwerke um Ex-EDF-Chef Proglia behindern Sanktionen gegen Uranimporte

Seite 18/19/20

Inhalt

Editorial

Anti-Atom-Meldungen

Mehr Mythos als Megawatt

Einleitung | Atomkraft wird wieder als vorgebliche Zukunftstechnologie vermarktet. Doch in der Debatte geht es nur scheinbar um echte Lösungen für konkrete Probleme. Wer heute über Atomkraft spricht, meint oft etwas ganz anderes

„Wir müssen das Tempo deutlich steigern“

Interview | Erneuerbaren-Experte Volker Quaschnig über den Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, absurde Gaskraftwerkspäne und atomare Ablenkungsmanöver

3 Sagenhafte Marketing-Reaktoren 10

Fragen & Antworten | Politiker*innen, Lobbyverbände und Atomindustrie preisen nicht existierende „kleine modulare Reaktoren“ (SMR) als Lösung für Klimakrise und Energieprobleme. Ein Realitätscheck

Green Deal, Clean Deal, Atomdeal? 12

Hintergrund | Die Europäische Union hatte große Pläne für die grüne Transformation des Energiesektors. Doch von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt öffnet Brüssel Schritt für Schritt Türen für Atomkraft – auch ohne offizielles Förderprogramm

8 „Mehr Krebstote in der Nähe von AKW“ 14

Interview | Epidemiologe Wolfgang Hoffmann über die vielen Tausend Krebstoten durch Atomkraft jedes Jahr in den USA und die Diskussion um die Schädlichkeit geringer Strahlendosen

„Dann müssen wir hier alle weg“ 16

Porträt | Markus Pflüger, 58, kämpft gegen Rechtsextremismus und organisiert mit dem Anti-Atom-Netz Trier Protest gegen eine Laufzeitverlängerung des AKW Cattenom

Strippenzieher der Atomlobby 18

Hintergrund | Atomkraft gilt vielen in Frankreich als Symbol nationaler Souveränität. Doch hinter den Kulissen sitzt ein gut vernetzter Atominfluencer, der seit Jahren für Putins Atomkonzern arbeitet

.ausgestrahlt-Shop 21

Rückblick 22

Kleine Reaktoren, große Lügen 24

Infografik | Sogenannte „kleine modulare Reaktoren“ (SMR) lösen weder Klimakrise noch Energieprobleme – selbst wenn es sie irgendwann einmal in echt geben sollte. „Heimische Energiequelle“ werden sie nie sein

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll durchzusetzen.

Rund 3.500 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Richtigstellung
Im Magazin 66 haben wir in „Poker um Putin“ fälschlicherweise geschrieben, die Linke habe einen Antrag der Grünen abgelehnt, die Genehmigung für eine Erweiterung der Lingener Brennelementefabrik zu versagen. Richtig ist: Die Linke hat dafür gestimmt, die Genehmigung zu versagen.

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der **.ausgestrahlt-Newsletter** informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses **.ausgestrahlt-Magazin** erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

PDF dieses Magazins mit verlinkten Quellen: ausgestrahlt.de/mag67



Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon
Mitarbeit: Bettina Ackermann, Carolin Franta, Eva Stegen, Jürgen Rieger, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Vettors, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 20.150
V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank
Paypal: spenden@ausgestrahlt.de
Spenden sind steuerlich absetzbar

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomarige



Aktion zur Unterschriftenübergabe an Umweltminister Schneider am 21. Mai in Berlin

Foto: Florian Baillot

Nostalgie, Ideologie

Liebe Leser*in,

mehr als 178.000 Unterschriften gegen EU-Subventionen für Atomprojekte hat .ausgestrahlt Ende Mai in Berlin an Bundesumweltminister Carsten Schneider überreicht. Mehr als 178.000 Menschen fordern von der Bundesregierung, mit einem klaren Nein in Brüssel zu verhindern, dass Steuermilliarden – die zu großen Teilen aus Deutschland stammen – für Atomkraft verplempert werden.

Der europäischen Atomlobby (Seite 12/13) würde das einen gehörigen Strich durch die Rechnung machen. Denn bei allem Gedröhne über große und kleine Reaktoren (Seite 10/11) gilt doch: Ohne staatliche Zuschüsse, staatliche Beteiligung, staatliche Risikoübernahme und staatliche Haftung fällt im großen Atomtheater sofort der Vorhang.

Es ist kein Zufall, dass überall dort, wo AKW geplant, weiter betrieben oder gar neu gebaut werden sollen, nicht private Investoren, sondern der Staat die Hauptrolle übernimmt. Die niederländische Regierung hat eine Gesellschaft

gegründet, welche die von der Politik gewünschten neuen AKW realisieren und betreiben soll. In Belgien musste der Staat schon mit einsteigen, um bloß den Weiterbetrieb zweier Reaktoren durchzusetzen. Der jahrzehntelange Betreiber der AKW will längst lieber erneuerbare Energien und Batteriespeicher bauen. Die rechtskonservativ geführte Regierung indes hängt an Atomkraft. Inzwischen verhandelt sie darüber, bereits stillgelegte Schrottreaktoren zu erwerben, um sie eventuell wieder ans Netz zu bringen. Ist das noch Nostalgie (Seite 6/7) oder schon Ideologie?

In Frankreich stopft der Staat seit Jahrzehnten die Milliardendefizite des ebenfalls staatlichen AKW-Betreibers. Auch in Polen ist es der Staat, der für den geplanten AKW-Neubau Milliarden bereitstellt. Und in der Schweiz verlangen die AKW-Betreiber schon Staatsmilliarden für einen Langzeitbetrieb ihrer längst abgeschriebenen Uraltmeiler. Das sind mehr als deutliche Hinweise darauf, dass sich Atomkraft wirtschaftlich nirgends behaupten kann – andernfalls würden die Investoren sicher Schlange stehen. Und es bedeutet: Ob und wie viel

Geld noch in teure Atomprojekte versenkt wird, hängt in erster Linie von politischen Entscheidungen ab.

Hier kommen wir 178.000 ins Spiel. Erzählen wir von den haarsträubenden Atomplänen der EU. Vom Krebs, den Atomkraftwerke schon im Normalbetrieb auslösen (Seite 14/15). Und erzählen wir auch, wie die erneuerbaren Energien uns schon heute jedes Jahr Milliarden sparen, die wir nicht mehr für fossile und atomare Brennstoffe ausgeben (Seite 8/9). Wie sie uns unabhängig machen von autoritären Regimen. Wie sie private (!) Investitionen in Milliardenhöhe auslösen, Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen und das Klima schnell und günstig schützen. Lassen wir nicht zu, dass die Energiewende zugunsten klimaschädlicher Atomphantastereien und fossiler Deals ausgebremst wird.

Je schneller wir die Erneuerbaren ausbauen, desto unrentabler wird Atomkraft. Die Energiewende kommt. Sorgen wir mit unserem Handeln und mit politischem Druck für das nötige Tempo.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Foto: sajonara-nukes.org

Anti-Atom-Demo in Tokio am 7. März 2026

Proteste gegen japanischen Atomkraft-Kurs

Tausende Menschen protestieren am 7. März in Tokio gegen die Pläne der japanischen Regierung, alte AKW wieder hochzufahren. Sie fordern die Regierung und den Betreiber TEPCO auf, die Folgen der Fukushima-Katastrophe von 2011 endlich umfassend aufzuarbeiten. Auch 15 Jahre nach der mehrfachen Kernschmelze seien viele Fragen zur Dekontamination, zur Rückkehr der Evakuierten und zur langfristigen Entsorgung ungelöst. Rund 26.000 Menschen gelten weiter als Evakuierte. Gleichzeitig treibt die Regierung den Wiedereinstieg in die Atomkraft voran: So wurde im Februar ein Reaktor im AKW Kashiwazaki-Kariwa testweise wieder angefahren.

Q: Bastille Post, 08.03.2026

Belgische Regierung will Schrottreaktoren kaufen

Die belgische Regierung unter Führung des rechtskonservativen Premierministers Bart De Wever hat dem Betreiber der belgischen AKW, Engie, angeboten, ihm die komplette Nuklearsparte abzukaufen. Grund ist der Wunsch der Regierung, einige der bereits abgeschalteten AKW wieder in Betrieb zu nehmen. Engie hat dies aus wirtschaftlichen und technischen Gründen wiederholt ablehnt. Die Regierung stellte in Aussicht, neben den zwei laufenden und fünf abgeschalteten Uralt-Meilern auch alle langfristigen Verpflichtungen für Rückbau und Stilllegung zu übernehmen. Für die Dauer der Verhandlungen setzte Engie daraufhin Ende April den Rückbau der Atomreaktoren aus.

Q: Der Spiegel, 30.04.2026; ostbelgiendirekt.be, 30.04.2026



Foto: Liquid Oh / Flickr

AKW Tihange



Weltweiter Solarboom, Deutschland wieder Stromexporteur

Sinkende Kosten, kurze Bauzeiten und massive Ausbauprogramme sorgen dafür, dass die Solarstromerzeugung weltweit schneller wächst als erwartet. 2025 wurde erstmals mehr Strom aus Solarenergie als aus Atomkraft produziert. Der starke Ausbau ermöglicht zudem die Elektrifizierung von Verkehr und Wärme.

Deutschland deckte im letzten Jahr 18 Prozent seines Strombedarfs aus Solarenergie. Dank des Zuwachses bei Wind- und Solarstrom exportierte es im ersten Quartal 2026 trotz gestiegenem Verbrauch erstmals seit 2023 wieder mehr Strom ins Ausland als es importierte. Insgesamt wurden in den drei Monaten 17,9 Milliarden Kilowattstunden aus- und 15,3 Milliarden Kilowattstunden eingeführt.

Q: DW, 31.03.2026; Die Zeit, 18.05.2026

Statlig modulär reaktor

Um den geplanten Bau von SMR am Standort Ringhals zu ermöglichen, will die schwedische Regierung als Mehrheitseigentümer in das Projekt einsteigen. Geplant ist eine direkte Staatsbeteiligung von rund 60 Prozent und mehr als drei Milliarden Euro. Zweitgrößter Anteilseigner ist der staatliche Energiekonzern Vattenfall. Zusätzlich sind staatliche Kredite und langfristige Abnahmegarantien vorgesehen. Auch an den Kosten für die Lagerung des Atommülls will sich der Staat beteiligen.

Q: Nuklearforum Schweiz, 04.05.2026

Sicherheitsmängel in Chinas AKW

Mehr als 200 Sicherheitsmängel und Konstruktionsfehler in chinesischen AKW dokumentiert die Atomaufsicht zwischen 2011 und 2024. Betroffen sind auch AP1000-Reaktoren des US-Konzerns Westinghouse Electric Company und die beiden vom französischen Staatsunternehmen EDF gebauten EPR in Taishan. Beanstandet wurden unter anderem fehlerhafte Rohrleitungen, undichte Dampferzeuger, mangelhafter Beton sowie gravierende Bedienfehler durch unerfahrenes und schlecht ausgebildetes Personal. In einigen Fällen hätte es zu schweren Unfällen kommen können.

Q: *Kyodo News, 05.04.2026*



Foto: EDF Energy / Wikimedia

Ein Designfehler beim Reaktorbehälter der EPR-Reaktoren verursachte Schwingungen und Lecks an Brennstäben des AKW Taishan

Atommüll-Atoll im Pazifik

Japan prüft die Nutzung der abgelegenen Pazifikinsel Minami-Torishima als möglichen Standort für die Atommülllagerung. Die Insel liegt rund 2.000 Kilometer vom Festland entfernt. Sie soll zunächst geologisch untersucht werden, um ihre Eignung für eine langfristige Zwischen- oder Endlagerung zu bewerten.

Kritiker*innen warnen, dass der poröse Kalksteinuntergrund in Kombination mit vulkanischen Strukturen Fragen zur langfristigen Stabilität aufwirft. Hinzu kommt die exponierte Lage des Atolls, das von Taifunen, Sturmfluten und Tsunamis bedroht ist. Auch der Anstieg des Meeresspiegels könnte zum Problem werden und der Transport der radioaktiven Abfälle wäre eine logistische Herausforderung.

Q: *Interesting Engineering, 30.03.2026*



Foto: Chief Master Sergeant Don Sutherland, U.S. Air Force / Wikimedia

Knapp über der Wasserkante: Minami-Torishima

Ungarn stellt AKW-Projekt auf den Prüfstand

Die neue ungarische Regierung will den geplanten Bau zweier Reaktoren am AKW-Standort Paks überprüfen. Das rund 12,5 Milliarden Euro schwere Vorhaben Paks II wurde 2014 ohne Ausschreibung an den russischen Staatskonzern Rosatom vergeben und steht seit Jahren wegen Kosten, Intransparenz und geopolitischer Abhängigkeiten in der Kritik. Der Bau gilt als Symbol fortgesetzter energiepolitischer Abhängigkeit von Russland. Nach einem beispiellosen Boom in den vergangenen Jahren stammte 2024 bereits ein Viertel des ungarischen Stroms aus Solaranlagen – mehr als in jedem anderen Land weltweit.

Q: *Reuters, 11.05.2026; WNISR 2025*

Schweizer Methusalem-Pläne

Der Schweizer Bundesrat und die Betreiber der Schweizer AKW Gösgen und Leibstadt haben eine Laufzeitverlängerung der 41 und 46 Jahre alten Reaktoren auf bis zu 80 Jahre ins Spiel gebracht. Voraussetzung ist nach Ansicht der Betreiber, dass der Staat eine Milliardensumme für nötige Investitionen zuschieße. Bisher ist nicht bekannt, welche Nachrüstungen dafür in Angriff genommen werden sollen. In der Schweiz gibt es keine verbindlichen Sicherheitsanforderungen für AKW. Die Schweizer Atomaufsicht hat zuletzt 2024 den Weiterbetrieb des damals 40 Jahre alten AKW Leibstadt direkt an der deutschen Grenze durchgewunken. Eine nach internationalem Recht vorgeschriebene Mitsprache Deutschlands verweigert die Schweiz bisher. „ausgestrahlt“ fordert von Bundesregierung und Landesregierung Baden-Württemberg, dies nicht zu akzeptieren, sondern das vorgesehene Schiedsverfahren einzuleiten. In Baden-Württemberg liegt diesem Magazin dazu eine Aktionspostkarte bei.

Seite 21 und ausgestrahlt.de/shop

Q: *Schweizer Bundesrat, 13.05.2026; plattformj.ch, 11.05.2026; SRF, 11.04.2026*

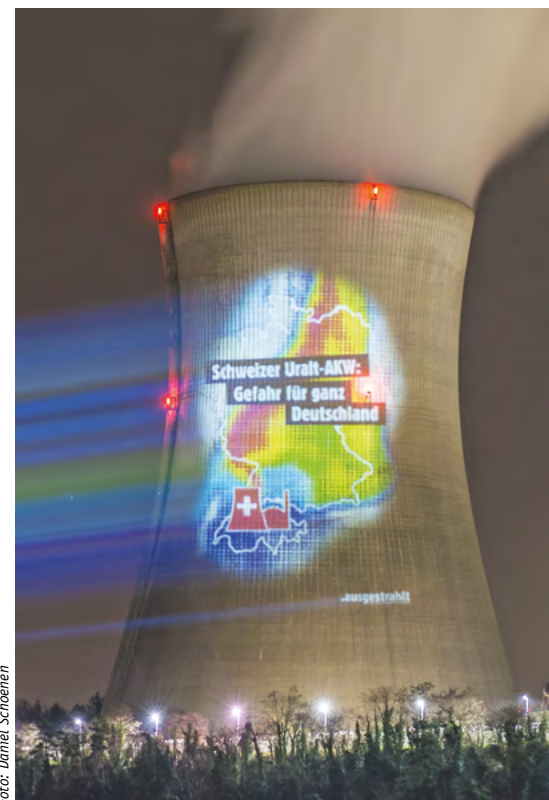


Foto: Daniel Schoenen

Projektion auf das AKW Leibstadt, März 2026



Foto: Seagram's/LIFE Magazine

Schon 1947 verspricht eine Whisky-Werbung blühende Landschaften durch Atomkraft

Mehr Mythos als Megawatt

Einleitung | Atomkraft wird wieder als vorgebliche Zukunftstechnologie vermarktet. Doch in der Debatte geht es nur scheinbar um echte Lösungen für konkrete Probleme. Wer heute über Atomkraft spricht, meint oft etwas ganz anderes

Kaum sollen Ende 2022 die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet werden, feiert die Erzählung von der Atomkraft als Heilsversprechen auch in Deutschland ein erstaunliches Comeback. In Talkshows, Kommentarspalten und sozialen Medien wird sie bis heute in schöner Regelmäßigkeit als vermeintlich einfache Antwort auf Klimakrise, Energieunsicherheit und wirtschaftliche Probleme inszeniert.

Die eierlegende Wollmilchsau

Die Atomlobby arbeitet seit jeher gezielt mit solchen Narrativen. Von Anfang an präsentiert

sie Atomkraft jeweils als Lösung für die zentralen Herausforderungen ihrer Zeit: Ab den 1940er Jahren bewirbt sie AKW zunächst als Symbol für technologischen Fortschritt, wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit sowie nahezu unbegrenzt verfügbare Energie. Im Laufe der Zeit verknüpft sie sie auch mit Versprechungen von Versorgungssicherheit und Klimaschutz.

Diese Argumente greifen die Atomfans in aktuellen Debatten kontextabhängig immer wieder auf: Im Zusammenhang mit der Energiewende stellen sie Atomkraft als vermeintlichen „Klimaretter“ dar, der bei Dunkelflauten



für Versorgungssicherheit sorgt. Im Kontext des russischen Angriffs auf die Ukraine rücken sie das Argument der angeblichen Energieunabhängigkeit in den Vordergrund. Und wenn es um KI und wirtschaftliche Krisenstimmung geht, behaupten sie, Atomenergie sei Voraussetzung für wirtschaftliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit.

Retrofuturismus

Alte Zukunftsbilder werden, teils neu verpackt, wieder aufgegriffen, eine längst vergangene Zukunft erneut als Zukunft deklariert. Atomkraft wird zur Projektionsfläche für die Sehnsucht nach einer scheinbar einfacheren Zeit und dient als Gegenerzählung zur Energie- wende. Statt strukturellem Wandel verspricht sie die Rückkehr zu einem vertrauten System, dessen negative Folgen ausgeblendet werden und das im Nachhinein als Garant für Versorgungssicherheit und Stabilität verklärt wird.

Wer Atomkraft propagiert, verteidigt oft mehr als eine Technologie – nämlich eine Ordnung. In diesem Sinne ist Atomkraft ein Symbol für das vergangene Jahrhundert – und eignet sich genau deshalb so gut für politische Erzählungen, die sich gegen die Zumutungen der Gegenwart richten.

Gefühl statt Fakten

Die Tatsache, dass die Atomkraft symbolisch so aufgeladen ist, befördert faktenfreies Argumentieren. Studien werden selektiv oder gar nicht gelesen, Kosten ausgeblendet, Risiken relativiert oder gleich ignoriert. Statt um Fragen wie Klimawirksamkeit oder Systemintegration geht es um Haltungen: Wachstum gegen Fortschritt, Technik gegen Öko, Ideologie gegen Evidenz.

Bezeichnend ist die SMR-Debatte: Befürworter*innen sprechen über die Small Modular Reactors, als handele es sich bereits um etablierte Technologien. Dabei stellen sie Versprechen zu deren technischen Eigenschaften, Sicherheit, Kosten, Regelbarkeit oder Abfallfragen in den Raum, die Studienergebnissen widersprechen und sich an keinem einzigen realisierten Projekt überprüfen lassen.

Zugleich verstärken politische und mediale Dynamiken die Diskussion: So sorgte im April etwa die eher beiläufige Bemerkung von CDU-Fraktionschef Jens Spahn, eine Debatte über die Wiederinbetriebnahme alter AKW sei es „in jedem Fall wert“, in den Medien für viel Aufmerksamkeit.

Der Streit hat sich aus der Energiepolitik längst in eine grundsätzliche gesellschaftliche Auseinandersetzung verschoben – das, was heute gerne als „Kulturkampf“ bezeichnet wird. Diese Verschiebung polarisiert und führt dazu, dass energiepolitische Fragen nicht selten als Identitätsfragen verhandelt werden.

Einfache Lösungen?

Warum verfangen solche Erzählungen? Ein Grund liegt sicher in den Krisenerfahrungen der letzten Jahre: Klimawandel, Krieg und Kaufkraftverlust haben die Sehnsucht nach scheinbar einfachen Lösungen offensichtlich verstärkt. Atomkraft passt perfekt in dieses Muster. Sie verspricht vermeintliche Stabilität in einer instabilen Welt und nährt zugleich die bequeme Illusion, die Klimakrise lasse sich mit Mitteln der Vergangenheit bewältigen – ohne tiefgreifende Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Hinzu kommt ein Wandel der öffentlichen Wahrnehmung. Atomkraft war jahrzehntelang ein gesellschaftlicher Großkonflikt. Viele Menschen hatten die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima bewusst erlebt und setzten sich intensiv und teilweise sehr detailliert mit dem Thema auseinander. Mit dem schrittweisen Abschalten der AKW verschwand es jedoch zunehmend aus dem Alltag und der öffentlichen Debatte. Damit sind auch viele der Probleme und Gefahren im kollektiven Bewusstsein verblasst. Alte atompolitische Zukunftsversprechen treffen heute auf eine Öffentlichkeit, die diesen Konflikt teils nicht mehr unmittelbar erlebt hat.

Für Politiker*innen, die nicht auf reale Veränderung aus sind, sondern in einer atomaffinen Bubble punkten wollen, ist das ein ideales Spielfeld: Sie können nahezu jede Forderung vollkommen risikofrei erheben, weil alle realen Bewährungsproben – Kosten, Bauzeiten, Sicherheitsfragen und Endlagerung – entweder entfallen, weil es ohnehin keine Realisierungschance gibt, oder erst zum Tragen kommen, wenn sie die politische Bühne längst verlassen haben.

Realität der Atomkraft

Die real existierende Atomkraft zeigt: Sie hat die in sie gesetzten Hoffnungen nie erfüllt. Die Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima haben dem „Restrisiko“ ein Gesicht gegeben. Ein sicheres Endlager ist weltweit bis heute Fehlanzeige und in Deutschland wird die Standortsuche noch Jahrzehnte dauern.

Atom Müll wird derweil planlos und unter hohem Risiko von Lager zu Lager gekarrt.

Wirtschaftliche Versprechen bleiben ebenfalls unerfüllt. Neubauten sind geprägt von massiven Kostenüberschreitungen. Bei den besonders gehypten SMR dümpeln viele Projekte schon lange vor sich hin oder werden gestoppt, weil steigende Kosten Investor*innen abschrecken, wie etwa bei Nuscale in den USA.

Auch das Argument der Energieunabhängigkeit trägt nicht. Heimisches Uran gibt es nicht. Ein erheblicher Teil des Brennstoffs stammt weiterhin aus geopolitisch problematischen Lieferketten – unter anderem aus Russland.

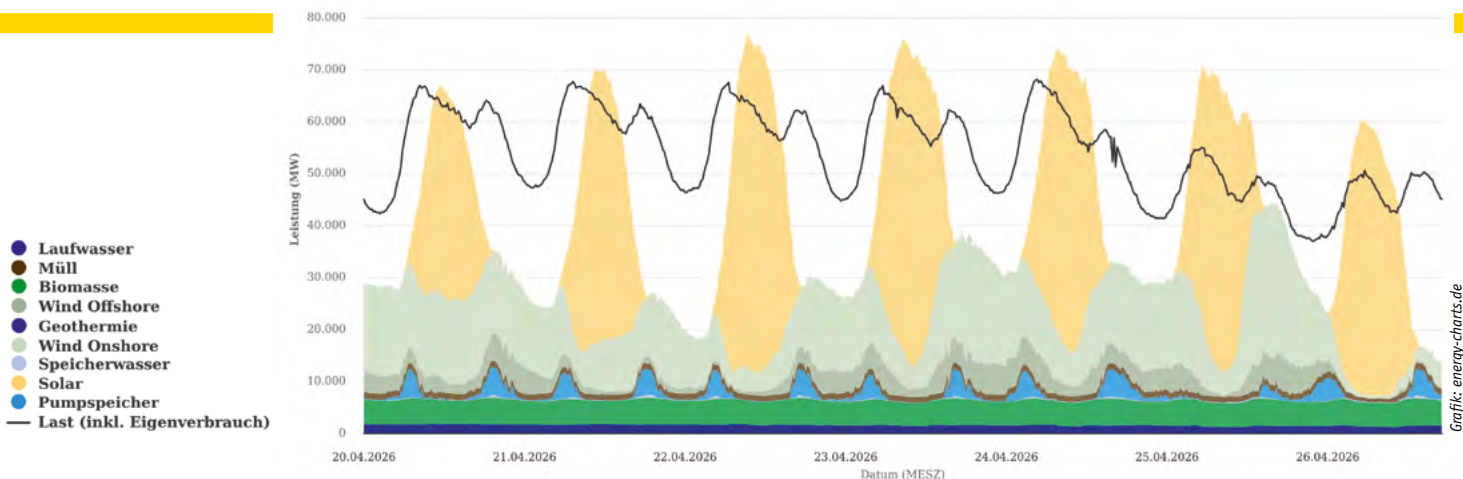
Hinzu kommt der Zeitfaktor: Neue Reaktoren brauchen Jahrzehnte bis zur Inbetriebnahme. Schon deshalb wird Atomkraft keinen relevanten Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten. Und sollten heute geplante AKW jemals gebaut werden, müssten sie sich in ein Energiesystem einfügen, das weder Platz noch Bedarf für sie hat.

Renaissance heißt Rückschritt

Durch die fortschreitende Transformation des Energiesystems tritt die Kluft zwischen Atomhype und Realität immer deutlicher zutage. Wind- und Solarenergie boomen weltweit, schon wegen ihres unschlagbar günstigen Preises. Auch bei den Speichern bahnt sich eine Revolution an. Der Wandel ist nicht aufzuhalten – wenn auch immer noch nicht schnell genug, um die Klimaziele zu erreichen. In dieser Situation über Atomkraftwerke zu diskutieren, bedeutet: fehlgeleitete Investitionen, politische Blockaden, mangelnde Krisenfestigkeit, verlorene Zeit im Kampf gegen die Klimakrise.

Vielleicht ist das die eigentliche Tragik dieser Debatte: Atomkraft tritt als angebliche Zukunftstechnologie in Erscheinung, ist aber in Wahrheit ein Relikt der Vergangenheit. Wer an ihr festhält, läuft der eigentlichen Zukunft am Ende hinterher.

Anna Stender



Bereits im April gibt es in den Mittagsstunden deutlich mehr erneuerbaren Strom, als wir benötigen – der könnte Batteriespeicher für die Abend- und Nachtstunden aufladen

„Wir müssen das Tempo deutlich steigern“

Interview | Erneuerbaren-Experte Volker Quaschnig über den Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, absurde Gaskraftwerkspläne und atomare Ablenkungsmanöver



Foto: volker-quaschnig.de

Volker Quaschnig

Prof. Dr. Volker Quaschnig, Diplomingenieur der Elektrotechnik, ist Professor für regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Berlin und informiert auf zahlreichen Kanälen über die Energiewende. volker-quaschnig.de

Herr Quaschnig, eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland befürwortet die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Halten Politik und Realität da mit?

Schon lange nicht. Das Problem ist, dass ich, wenn ich in was Neues einsteige, mich auch irgendwann von alten Zöpfen trennen muss. Da tut sich die Politik enorm schwer. Deswegen geht sie das nicht wirklich beherzt an, sondern immer zwei Schritte vor und wieder einen zurück.

2025 deckten die Erneuerbaren immerhin schon 55 Prozent unseres Strombedarfs, allerdings nur ein knappes Viertel des Gesamtenergieverbrauchs. Ziel sind ja 100 Prozent. Sind wir da auf gutem Weg?

Anfang der 1990er, als wir anfangen mit der Energiewende, hatten wir beim Strom vier Prozent Erneuerbare und beim Primärenergiebedarf drei. Also haben wir schon was geschafft, zumal Deutschland nicht das sonnigste und windreichste Land ist. Aber wir müssen ja in weniger als 20 Jahren klimaneutral werden und vor allem unabhängig von den massiven Öl-, Kohle- und Gasimporten. Dafür müssen wir das Tempo deutlich steigern.

Was wären die wichtigsten Maßnahmen?

Erstens: Bauen, bauen, bauen. Wir brauchen viel mehr erneuerbare Energien, vor allem Windkraft und Photovoltaik.

Wir haben doch schon jetzt im Frühjahr mittags mehr Solarstrom, als wir nutzen können!

Deshalb brauchen wir zweitens sofort Speicher: In einem ersten Schritt einfach Batteriespeicher, die im Sommer den Solarstrom vom Tag in die Nacht retten. Die sind mittlerweile sehr preiswert; die Bundesregierung aber zögert und bremst. Und drittens dürfen wir die Wärme- und Verkehrswende nicht vergessen. Allein durch den Technologiewechsel auf Wärmepumpe und Elektromobilität können wir hier zwei Drittel der Energie einsparen. Das hilft uns enorm, unser Ziel zu erreichen: Wenn wir etwa 80 Prozent des bisherigen Energiebedarfs durch Erneuerbare gedeckt haben, sind wir im neuen System darum schon bei 100 Prozent – zumindest, solange wir nicht auf E-Fuels, Wasserstoffautos und Wasserstoffheizungen setzen.

Nochmal zurück zu den Speichern: Für den Winter werden Batterien allein nicht reichen.

Im Monatsschnitt haben wir im Winter ebenso viel Ökostrom wie im Sommer: Was die Sonne



nicht liefert, bringt dann der Wind. Aber wir werden mehr Strom zum Heizen brauchen und der Wind weht auch unregelmäßiger: Mal kachelt es eine Woche richtig schön, es kann aber auch mal zwei, drei Wochen zu wenig Wind wehen. Dieses Problem werden wir langfristig mit grünem Wasserstoff lösen müssen, den wir aus Stromüberschüssen erzeugen und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder verstromen.

Gaskraftwerke? Wir wollen doch wegkommen von fossilen Energieträgern!

Einfach nur Kohle- durch Gaskraftwerke zu ersetzen, ist in der Tat keine gute Strategie. Zwar brauchen wir Backup-Kraftwerke für bestimmte Situationen im Winter. Die müssen aber mit grünem Wasserstoff laufen. Die Frage ist: Wie kommen wir dahin? Frau Reiche meint, wir brauchen einfach viele Erdgaskraftwerke und irgendwann werden die von selber grün. Daran habe ich große Zweifel. Noch dazu will jeder, der jetzt ein Erdgaskraftwerk baut, dass das möglichst viele Stunden im Jahr läuft – und hat deshalb was gegen Batteriespeicher. Das ist ein Hauen und Stechen schon jetzt. Die Batterien brauchen wir aber, um die Solarenergie weiter auszubauen. Verzögert sich der Speicherausbau aus Rücksicht auf Gaskraftwerke, dann richten diese mehr Schaden als Nutzen an.

Wie wird dann ein Schuh draus?

Wir sollten nur solche Kraftwerke bauen, die wir auch 2045 noch brauchen können. Man kann nicht jedes Gaskraftwerk einfach mit Wasserstoff betreiben. So eine Umrüstung muss man von vornherein vorsehen. Sie kostet zudem Geld; auch der Wasserstoff selbst ist teuer. Deshalb braucht es einen gesetzlichen Rahmen, der diesen Umstieg festschreibt – und die Klarheit, dass diese Kraftwerke nur wenige Stunden im Jahr laufen sollen.

Was ändert sich, wenn dieses, nächstes und übernächstes Jahr die vier großen Nord-Süd-Stromtrassen fertiggestellt werden?

Wir können dann unseren Wind- und Solarstrom besser nutzen, das wird Kohle- und Gaskraftwerke weiter zurückdrängen. Bis 2045 reichen diese Leitungen aber nicht aus. Da braucht es weiteren Ausbau, und den muss man jetzt anstoßen.

Die Bundesregierung will den Ausbau der Erneuerbaren bremsen, bis der Netzausbau vorankommt.

Das ist das komplett falsche Signal. Es ist zwar ärgerlich, wenn ich in manchen Stunden nicht allen Wind- oder Solarstrom transportieren kann. Aber das Gros der Zeit kann ich mit mehr Erneuerbaren auch mehr Ökostrom nutzen – und das ist auf jeden Fall besser, als weiter am Nasenring durch die Weltarena gezogen zu werden, weil wir abhängig von Öl und Gas sind.

Und was ist mit Atomkraft?

Da kommt in immer neuen Wellen wieder einer um die Ecke rum, der nochmal vorschlägt, AKW zu reaktivieren oder neue zu bauen oder irgendwelche kleinen Reaktoren, die es noch nicht gibt. Das sind reine Ablenkungsmanöver. Wir werden in Deutschland – jede Wette! – kein neues AKW mehr sehen. Kein Investor wird mehr so ein Ding bauen, das ist ökonomischer Selbstmord. Aber wir diskutieren das in allen Medien hoch und runter, als wäre das jetzt das vordringlichste Problem, das wir zu lösen haben. Ich habe in den letzten drei Monaten mehr Interviews zum Thema Atomkraft geführt als zu allen anderen Themenaspekten der Energiewende insgesamt.

Welche Auswirkungen haben diese Debatten auf die Energiewende?

Wir verlieren damit Zeit, weil wir die Weichen noch immer nicht richtig gestellt haben und die Diskussionen, die wir dafür bräuchten, nicht führen: Wie wir schneller Wärmepumpen bauen, die Elektromobilität voran- und Batteriespeicher ans Netz bringen, Solar- und Windenergieausbau beschleunigen, den Smart-Meter-Rollout hinkriegen – alles große Räder, die wir drehen könnten und müssten und wo wir noch total schlecht aufgestellt sind. Stattdessen diskutieren wir über Atomkraft, weil Herr Spahn mal wieder was rausgehauen hat. Das verzögert die Energiewende.

Auch auf EU-Ebene gibt es große Atomdiskussionen. Einige Länder wollen noch AKW bauen, Kosten hin oder her.

Bei all diesen Projekten geht der Staat ins finanzielle Risiko. Aber auch wenn noch der ein oder andere Reaktor gebaut wird – der große Gamechanger werden die nicht sein. Selbst Frankreich liegt ja, was das Gesamtenergieaufkommen angeht, mit seinen ganzen AKW bei unter 20 Prozent. Weit über 50 Prozent sind fossil. Auch Frankreich muss aber 2050 klimaneutral sein. Wie soll das gehen? Die

wollen frühestens ab 2038 von den 57 Reaktoren, die heute im Schnitt schon rund 40 Jahre alt sind, sechs Stück ersetzen. Und stehen gleichzeitig bei Solar- und Windenergie auf der Bremse, weil diese das Businessmodell der AKW zerschießen. Das ist doch die totale Konzeptlosigkeit. Europa wird das noch bitter zu spüren bekommen. Frankreich läuft in einen massiven Strommangel hinein.

Gibt es auch positive Entwicklungen auf europäischer Ebene?

Die Energiewende läuft in allen Ländern viel besser und schneller, als die ganzen Diskussionen um Atomkraft glauben machen – nur eben noch nicht in dem Tempo, das wir brauchen, um bis 2050 europaweit unabhängig zu werden. Aber schon jetzt puffern die erneuerbaren Energien die Energiepreise ab: Während die Öl- und Gaspreise in Deutschland nach Beginn des Irakkriegs massiv gestiegen sind, sind die Strompreise im gleichen Zeitraum gefallen. Denn die Sonne hat geschienen und die Gaskraftwerke, die den Strom teuer machen, kamen gar nicht mehr so viel zum Einsatz. Und das ist in vielen anderen Ländern auch so.

Warum muss die Politik die erneuerbaren Energien überhaupt noch fördern, wo sie doch so günstig geworden sind?

Also, in 100 Jahren haben wir definitiv 100 Prozent Erneuerbare überall, weil es einfach die kostengünstigste Lösung ist. Aber wir haben eben keine 100 Jahre Zeit mehr, weil wir sonst das Klima ruinieren und von den Krisen nicht loskommen. Wenn ich den Umstieg aber in 15 bis 20 Jahren hinkriegen will, kann ich nicht darauf warten, dass der Markt das regelt, sondern muss nachhelfen.

Der Umbau kostet dann aber viel Geld.

Das wird immer schlimmer dargestellt, als es ist. Klar kostet das in der Übergangszeit ein bisschen mehr. Aber wenn wir das System mal aufgebaut haben, werden wir weltweit mit die niedrigsten Energiepreise haben: Sonne und Wind stellen keine Rechnung und müssen auch nicht durch die Straße von Hormus. Schon heute stabilisieren die Erneuerbaren unsere Strompreise und schützen uns vor sprunghaften Anstiegen. Je mehr Erneuerbare wir haben, desto mehr ziehen die Energiekrisen der Welt an uns vorbei.

Interview: Armin Simon



Werbebildchen: Rolls Royce, GE Vernova

Sagenhafte Marketing-Reaktoren

Fragen & Antworten | Politiker*innen, Lobbyverbände und Atomindustrie preisen nicht existierende „kleine modulare Reaktoren“ (SMR) als Lösung für Klimakrise und Energieprobleme. Ein Realitätscheck

Die Atomindustrie steckt in massiven Schwierigkeiten. Die bestehende Reaktorflotte geht auf das Ende ihrer Lebensdauer zu. Neubauprojekte sind geprägt von Kostenexplosionen und jahrelangen Verzögerungen.

In dieser Situation setzt die Branche auf sogenannte „kleine modulare Reaktoren“ (SMR), vulgo „Mini-AKW“, als Projektionsfläche für die Hoffnung auf eine vermeintlich „neu erfundene“ Atomkraft: Reaktoren also, die kleiner und angeblich sicherer, billiger und schneller realisierbar sein sollen als die Reaktoren, die bisher gebaut wurden und werden. Die Probleme und Risiken der Atomkraft sollen hinter diesem Zukunftsbild verschwinden.

Die SMR-Erzählung dient dazu,

- Atomkraft als zukunftsfähig darzustellen, um ihr politische Unterstützung zu sichern,
- Fördermittel zu mobilisieren und
- Zweifel an erneuerbaren Energien zu säen und zu verstärken.

Ob und wann dabei je ein funktionierender Reaktor herauskommt, ist zweitrangig. Auch das Klima interessiert die Atomlobby nicht. **Im Kern geht es darum, die Energiepolitik in eine Richtung zu lenken, die den Interessen der Atom- und Fossilindustrie dient** – denn auch die fossile Industrie profitiert davon, wenn sich die Energiewende verzögert.



Warum ist die SMR-Debatte gefährlich?

Die zentralen Bausteine für eine klimafreundliche Energieversorgung sind längst verfügbar: Wind, Sonne, Speicher, smarte Netze. **Die SMR-Debatte verschiebt den Fokus weg von sofort umsetzbaren Lösungen hin zu einer ungewissen Zukunftstechnologie und stellt die Energiewende infrage.** Gerade darin liegt ihre politische Wirkung: SMR dienen als Ausrede, um notwendige Entscheidungen zu vertagen (siehe auch Interview Seite 8/9). Sie nähren die Illusion, dass die Technologie

1 BASE 2021.

2 Stanford University 2022.

in naher Zukunft Teil einer klimafreundlichen Energieversorgung sein kann. So werden Verantwortung und Handlungsdruck verlagert. Am Ende verzögert diese Debatte Maßnahmen, die heute wirken könnten – und kostet wertvolle Zeit im Klimaschutz.

Was sind SMR überhaupt?

SMR steht für „Small Modular Reactors“. Gemeint sind kleinere Atomreaktoren mit einer Leistung bis etwa 300 Megawatt. Anders als klassische Großreaktoren sollen sie standardisiert in Fabriken produziert und dann vor Ort zusammengesetzt werden.

Heutige AKW leisten meist 1.000 bis 1.600 Megawatt. SMR wären zwar deutlich kleiner, in der Regel aber auch keine „Minimeiler“. Eigentlich geht es eher um eine Rückkehr zu kleineren Reaktoren als um einen revolutionären Technologiesprung (siehe Frage 3). Einige SMR-Konzepte sehen zudem vor, zahlreiche kleine Reaktoren an einem Standort zu errichten, um so auf die Leistung eines großen Kraftwerks zu kommen.

Die Industrie verkauft SMR als „Atomkraft nach dem Baukastenprinzip“, was die Probleme der Atomkraft – zu teuer, zu langwierig, zu unflexibel, zu gefährlich – lösen soll. In der Praxis gibt es dafür keine Belege.

SMR sind vor allem ein politisches Schlagwort: Es soll der Atomkraft ein modernes Image geben, um sie als Teil einer zukünftigen Energieversorgung im Rahmen der Energiewende darzustellen.

Sind SMR eine neue Technologie?

Nein. Neu ist vor allem die Verpackung: SMR werden als moderne, klimafreundliche Hightech-Lösung präsentiert, obwohl sie die grundlegenden Probleme der Atomkraft nicht lösen.

Die weiter fortgeschrittenen SMR-Projekte sind herkömmliche Druckwasserreaktoren, **die sich technisch kaum von heutigen AKW unterscheiden.**

Andere SMR-Ansätze greifen auf Reaktor-konzepte zurück, die seit Jahrzehnten bekannt sind, sich aber in der Praxis nicht bewährt haben. Diese sind von der Umsetzung noch viel weiter entfernt. Beispiele für solche Konzepte sind Hochtemperaturreaktoren wie der AVR Jülich

und der THTR Hamm-Uentrop oder „schnelle Brüter“ wie der nie in Betrieb genommene in Kalkar.

Wären SMR günstiger als heutige Großreaktoren?

Das ist ein zentrales Versprechen – doch es hält der Realität nicht stand.

In der Vergangenheit wurden Reaktoren immer größer gebaut, um die Kosten pro Kilowattstunde zu senken. Bei SMR behaupten ihre Fans nun das Gegenteil: Gerade kleine Reaktoren würden die Kosten senken – weil sie standardisiert in hoher Stückzahl produziert werden könnten.

Doch die Kosten für Sicherheitsvorkehrungen und Sicherungsmaßnahmen, für Planung, Genehmigung und Infrastruktur bleiben hoch – und verteilen sich auf weniger Kilowattstunden.

In der Praxis wurden **viele SMR-Projekte auch deshalb gestoppt, weil sie sich als unwirtschaftlich erwiesen**, etwa das des US-Unternehmens Nuscale 2023 und Nuward 2024 in Frankreich.

Außerdem müssten sehr viele Reaktoren gebaut werden, um Kostenvorteile durch große Stückzahlen zu erzielen. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es mindestens 3.000 identische Reaktoren bräuchte – ein völlig unrealistisches Szenario.¹

Wären SMR sicherer als große Atomkraftwerke?

Die Industrie behauptet das und verweist auf „passive Sicherheitssysteme“, die ohne menschliches Eingreifen funktionieren sollen. Allerdings ist nicht nachgewiesen, dass diese Systeme tatsächlich funktionieren würden.

Auch passive Systeme können versagen oder in unvorhergesehenen Szenarien an ihre Grenzen stoßen. Zudem bleibt der Mensch Teil des Systems – Fehler bei Planung, Bau, Wartung und Organisation lassen sich nie vollständig ausschließen.

Hinzu kommt: Würden viele kleine Reaktoren gebaut, würde sich auch die Zahl der Standorte vervielfachen, die dauerhaft überwacht und geschützt werden müssten. Damit stiege auch die Zahl der potenziellen Ziele für Angriffe. Insgesamt würde es wesentlich schwieriger, die Anlagen flächendeckend zu sichern.

Die Sicherheitsargumente sind vor allem Teil der Erzählung, mit der SMR beworben

werden: Sie sollen Atomkraft als fortschrittlich und beherrschbar erscheinen lassen.

Würde das Atommüll-Problem kleiner?

Das ist nicht zu erwarten. **SMR würden ebenfalls hochradioaktiven Müll produzieren – teilweise sogar deutlich mehr pro erzeugter Strommenge** als herkömmliche AKW.² Einige Designs basieren zudem auf speziellen Brennstoffen, die besonders schwierig zu handhaben und zu lagern wären.

Immer wieder wird im Zusammenhang mit SMR die sogenannte „Transmutation“ ins Spiel gebracht – also die Idee, langlebige radioaktive Abfälle in weniger langlebige umzuwandeln. Doch die Transmutation ist derzeit weder technisch noch wirtschaftlich in größerem Maßstab umsetzbar. Die Reaktoren, die dafür notwendig wären, gibt es nicht. Trotz aufwendiger zusätzlicher Anlagen sowie komplexer Trennverfahren bliebe ein erheblicher Teil der langlebigen radioaktiven Stoffe bestehen. Ein Endlager für eine Million Jahre wäre weiter notwendig. Transmutation ist somit ein weiteres unrealistisches Zukunftsversprechen.

Sind SMR schon im Einsatz?

Es gibt einzelne kleine Reaktoren in Russland und China, die manchmal als SMR bezeichnet werden. Tatsächlich handelt es sich dabei jedoch um Einzelprojekte, die nicht aus standardisierter Serienfertigung stammen. **Echte SMR bleiben bislang ein Konzept, das nur auf dem Papier existiert.**

Könnten SMR helfen, die Klimaziele zu erreichen?

Dafür kämen sie viel zu spät. Selbst in den ambitioniertesten Szenarien wären SMR frühestens Ende der 2030er oder in den 2040er Jahren in größerem Umfang verfügbar. Für den Klimaschutz entscheidend sind aber die nächsten zehn Jahre.

Jeder Euro, der in die Entwicklung und Förderung von SMR fließt, fehlt beim Ausbau erneuerbarer Energien. Die können schneller mehr CO₂ einsparen – und das günstiger, sicherer und ohne gefährlichen Atommüll.



Internationaler Protest in Brüssel am 15. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe

Foto: Lars Hoff

Green Deal, Clean Deal, Atomdeal?

Hintergrund | Die Europäische Union hatte große Pläne für die grüne Transformation des Energiesektors. Doch von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt öffnet Brüssel Schritt für Schritt Türen für Atomkraft – auch ohne offizielles Förderprogramm

Als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im März auf einer Pariser Atomkonferenz erklärt, die Abkehr von der Atomkraft sei ein „strategischer Fehler“ gewesen, sorgt das in Deutschland für Aufsehen. Tatsächlich drückt von der Leyen nur aus, was in Brüssel wieder Mainstream geworden ist: Atomkraft gilt plötzlich auch in EU-Ländern, die sich eigentlich von ihr abgewandt hatten, wieder als Zukunftstechnologie.

Dabei wollte Europa mit dem Green Deal von 2019 bis 2050 den großen Sprung zu einer klimaneutralen, „grünen“ Wirtschaft schaffen: raus aus fossilen Energien, hinein in ein neues Energiesystem, das auf erneuerbaren Energien fußt. Atomkraft war politisch so umstritten, dass hier auf EU-Ebene nicht viel zu erreichen war.

Im Hintergrund war sie immer präsent: Seit Unterzeichnung der Verträge von Rom 1957 bildet Euratom das institutionelle Rückgrat der europäischen Atompolitik. Der Vertrag organisiert Forschung, Sicherheitsstandards und nukleare Zusammenarbeit. Alle Mitgliedstaaten finanzieren das System gemeinsam – auch diejenigen, die keine AKW betreiben.

Doch seit einigen Jahren mischt die Atomlobby wieder erfolgreich bei allen energiepolitischen Gesetzesvorhaben mit. Zwar ist der Beitrag der Atomkraft zur Stromversorgung der EU in den vergangenen zehn Jahren leicht gesunken. Politisch aber ist ihr in vielen kleinen Schritten ein Revival gelungen.

Juli 2022: Definition als „ökologisch nachhaltig“

Der erste Erfolg der Atomlobbyist*innen ist die Neuetikettierung der Atomkraft als angeblich „grüne“ Technologie. Die **EU-Taxonomie** legt fest, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als ökologisch nachhaltig gelten sollen. Ziel ist, Finanzströme gezielt in solche Aktivitäten zu lenken.

Frankreich treibt die Einstufung von Atomkraft als „grün“ mit erheblichem Druck voran. Auslöser ist das Neubau-Debakel bei EDF: Kostenexplosionen und jahrelange Verzögerungen auf den Reaktorbaustellen in Flamanville, Olkiluoto und Hinkley Point haben den Staatskonzern an den Rand des Kollapses gebracht.

- 1 EU-Kommission 2024.
- 2 EU-Kommission 2026.
- 3 Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2025.

Paris steht vor der Frage, wie es das milliarden-schwere Atomprogramm künftig finanzieren soll – und klopft in Brüssel an. Schließlich erreicht Frankreich in einem Deal, dass Atomkraft als „nachhaltige Brückentechnologie“ durchgewinkt wird – neben fossilem Gas.

Die EU-Taxonomie sollte eigentlich Greenwashing verhindern und sicherstellen, dass nachhaltige Investitionen „keinen erheblichen Schaden“ verursachen (DNSH-Prinzip). Mit der Aufnahme von Atomkraft wird dieses Prinzip gleich aufgeweicht: Nachhaltigkeit wird plötzlich vor allem als CO₂-Reduktion verstanden, während Endlagerung, Uranabbau und Unfallrisiken weitgehend unberücksichtigt bleiben.

Oktober 2023: Anrechnung auf Klimaziele

Mit der **Erneuerbare-Energien-Richtlinie** RED III legt die EU verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien fest. Im Zentrum stehen Wind, Solar und Biomasse.

Der Versuch der Atomlobby, Atomkraft den Erneuerbaren gleichzustellen, scheitert. Doch RED III eröffnet einen indirekten Anrechnungspfad: Wasserstoff, der mit Atomstrom erzeugt wird, kann auf bestimmte Ziele angerechnet werden.

Obwohl die Technologie nicht zur schnellen Emissionsreduktion beiträgt, wird Atomkraft zunehmend Bestandteil bestehender Klimainstrumente. Die Grenzen beginnen zu verschwimmen.

Februar 2024: Industriepolitik statt Klimaschutz

Mit dem **Clean Industrial Deal** verschiebt die EU-Kommission den Fokus innerhalb des Green Deals: Klimaschutz bleibt zwar Referenzrahmen, wird aber immer stärker mit Industrie-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik verknüpft.¹ Der Ukrainekrieg und geopolitische Spannungen, unter anderem mit China, lassen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Energieunabhängigkeit stärker in den Vordergrund rücken. Der Clean Industrial Deal schafft neue Finanzierungsinstrumente für Dekarbonisierung und „saubere“ Industrie und definiert diese bewusst breit. Die Atomlobby nutzt die Gunst der Stunde – und schmuggelt die Hochrisikotechnologie durch die Hintertür, deklariert zum Beispiel als „emissionsarm“. Atomkraft wird zwar nicht bevorzugt, fällt aber auch nicht eindeutig aus dem Förderrahmen heraus.

Juni 2024: Beschleunigte Genehmigungsverfahren

Auch der **Net-Zero Industry Act** (NZIA) zielt darauf ab, die industrielle Produktion von Technologien für die Energiewende innerhalb der EU auszubauen. Auf Druck Frankreichs nimmt die EU-Kommission Atomkraft in die Liste der „strategischen Netto-Null-Technologien“ auf. Dadurch kann auch Atomkraft Zugang zu beschleunigten Genehmigungsverfahren, vereinfachten Verwaltungsprozessen und einer bevorzugten Behandlung bei öffentlichen Ausschreibungen erhalten.

Juni 2025: Erleichterte Genehmigung von Beihilfen

Der **Clean Industrial Deal State Aid Framework** (CISAF) als wichtiges Instrument zur Umsetzung des Clean Industrial Deals gibt den Mitgliedstaaten mehr Spielraum, Industrieprojekte zu subventionieren. Größere Industrie- und Energieprojekte müssen weiterhin im Einzelfall von der EU-Kommission geprüft werden, doch die Hürden und Unsicherheiten dieser Genehmigungen werden durch definierte Förderkategorien und erleichterte Bewertungsmaßstäbe deutlich reduziert.

Dabei entstehen Grauzonen: Unter dem Deckmantel von „Innovation“ oder „Dekarbonisierung“ können Mitgliedsländer auch Atomprojekte fördern – etwa SMR-Forschung, Laufzeitverlängerungen oder den nuklearen Brennstoffkreislauf inklusive Urananreicherung und Abfallmanagement.

Die Initiative liegt weiter bei den Staaten selbst: Die Rolle der EU besteht vor allem darin, zu prüfen, ob staatliche Förderungen mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind, also den Wettbewerb im Binnenmarkt nicht unzulässig verzerren. Aktuell prüft die EU etwa geplante französische Beihilfen für sechs neue AKW.

Juni 2025: Der 240-Milliarden-Euro-Wunschzettel

Das **Nuclear Illustrative Programme** (PINC) ist kein verbindlicher Plan, sondern ein Wunschzettel der Nuklearindustrie: Jedes Mal, bevor die EU ihren nächsten mehrjährigen Finanzrahmen beschließt, legen die Mitgliedstaaten ihre Investitionspläne für Atomkraft vor – ohne unabhängige Prüfung. Die Zahl von 240 Milliarden aus dem PINC 2025, so realitätsfern sie auch sein mag, wird nun als politisches Druckmittel eingesetzt, um mehr

EU-Mittel für die Atomenergie zu mobilisieren und günstigere politische und regulatorische Rahmenbedingungen für den Sektor durchzusetzen.

März 2026: Umdeutung als heimische Energie

Die **SMR-Strategie** der EU schafft eine politische Grundlage für künftige Genehmigungen, Standards und Industrieprojekte in diesem Bereich. Darüber hinaus labelt sie Atomkraft als angeblich „heimische“² Energie – dabei ist Europa zu 100 Prozent abhängig von globalen, oft geopolitisch problematischen Lieferketten.

What's next?

Die Salamtaktik der Atomlobby, ihre Ziele scheinbar durchzudrücken, scheint weiter aufzugehen. Bislang steht ein dezidiertes Förderprogramm für Atomkraft in der EU zwar lediglich auf der Wunschliste der Atomlobby. Trotzdem ist es ihr bereits gelungen, ihre Finanzierung durch Greenwashing und gezielte PR-Kampagnen schrittweise auszuweiten. Und sie arbeitet weiter hartnäckig daran, sich Zugriff auf EU-Fördertöpfe verschaffen, die eigentlich der europäischen Energiewende zugutekommen sollen.

Ganz ohne großen Knall hat die EU der Atomkraft nach und nach Türen geöffnet. Derzeit steht der **mehrfachjährige Finanzrahmen der EU** (MFR) für die Jahre 2028 bis 2034 ganz oben auf der Prioritätenliste der Atomlobby. Der siebenjährige Haushaltsplan legt Budgets für zentrale Politikbereiche fest und schafft Planungssicherheit für die Mitgliedsstaaten. Der aktuelle Entwurf sieht erstmals Gelder für den Neubau von AKW vor. Auch der Betrieb von AKW könnte förderfähig werden. Diese Ausgaben könnten die EU-Staaten sogar auf den Klimaschutz anrechnen.

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) hat sich dazu klar positioniert: „Eine Subventionierung der Atomkraft aus dem EU-Haushalt lehnt Deutschland ab.“³ Doch das ist möglicherweise nicht das letzte Wort. Am Ende könnte die Atomkraft Verhandlungsmasse sein. Deutschland kann verhindern, dass auch diese Tür aufgestoßen wird. Dabei geht es nicht nur darum, Atomkraft von den Fördertöpfen fernzuhalten, sondern auch darum, sicherzustellen, dass die verfügbaren Mittel tatsächlich einer echten Energiewende zugutekommen.

Miriam Tornieporth und Anna Stender

„Mehr Krebstote in der Nähe von AKW“

Interview | Epidemiologe Wolfgang Hoffmann über die vielen Tausend Krebstoten durch Atomkraft jedes Jahr in den USA und die Diskussion um die Schädlichkeit geringer Strahlendosen

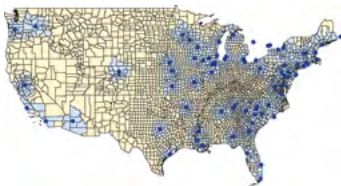


Foto: d3rme.de

Wolfgang Hoffmann

Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann ist Professor für bevölkerungsbezogene Versorgungsepidemiologie und Community Health an der Universitätsmedizin Greifswald, geschäftsführender Direktor des Instituts für Community Medicine und Leiter der dortigen Abteilung Versorgungsepidemiologie und Community Health.

Die Studie



Alwadi et al., National analysis of cancer mortality and proximity to nuclear power plants in the United States; in: Nature Communications 17, 1560, (2026).

Herr Hoffmann, dass Kinder, die im Umfeld eines Atomkraftwerks aufwachsen, ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko haben, ist seit der KiKK-Studie des Bundesamts für Strahlenschutz 2007 bekannt. Zum Risiko für Erwachsene sagt diese nichts. Warum nicht?

Die Studie basiert auf Daten des Deutschen Kinderkrebsregisters, in dem seit vielen Jahren bundesweit fast alle Kinder mit Krebserkrankungen gespeichert werden. Informationen über Erwachsene, wie man sie für eine Studie über alle Altersgruppen bräuchte, lagen damals noch nicht flächendeckend vor.

In den USA hat nun eine aktuelle Studie das Krebsrisiko auch für Erwachsene untersucht. Wie das?

Korrekt. Die Harvard-Forscher*innen haben das auf der Ebene von Countys untersucht, vergleichbar etwa mit unseren Landkreisen. Sie haben für jedes Jahr von 2000 bis 2018 und jedes County einen Wert berechnet, der die Nähe des Countys zu allen jeweils laufenden AKW im Umkreis von 200 Kilometern widerspiegelt. Diesen Wert haben sie dann ins Verhältnis gesetzt zur Krebssterblichkeit in diesem County. Sie haben also geschaut, wie viele Todesfälle aufgrund von Krebserkrankungen es in jedem County gab, bezogen auf die jeweilige Bevölkerung.

Wie kamen die Harvard-Forscher*innen an diese Daten?

Über die Centers for Disease Control. Die haben ihnen für jedes Jahr und jedes untersuchte County die Zahl der Menschen übermittelt, die an Krebs gestorben sind, und das aufgeschlüsselt nach Todesursache, Alter und Geschlecht.

Das waren exklusive Daten, die man als einfacher Forscher gar nicht bekommen würde.

Was war die entscheidende Frage der Wissenschaftler*innen?

Sie wollten herausfinden, ob es in der Nähe von Atomanlagen mehr Menschen gibt, die an Krebs gestorben sind, als das weiter weg von den Atomanlagen der Fall ist.

Zu welchem Ergebnis kam die Untersuchung?

Sie zeigt, dass es in der Nähe von AKW im untersuchten Zeitraum mehr Krebstote gab – bei beiden Geschlechtern und in allen Altersgruppen. Die verwendeten Modelle sind etwas kompliziert. Die Forscher*innen haben aber zahlreiche wichtige Einflussfaktoren berücksichtigt, beispielsweise den sozioökonomischen Status und den Bildungsstand. Deren Einfluss haben sie jeweils herausgerechnet. Die Analysen zeigen danach ziemlich konsistent über die Altersgruppen eine Erhöhung der Krebssterblichkeit um 10, 20 oder gar 30 Prozent in der direkten Nähe zu Atomkraftwerken.

Was bedeutet das?

Dass Menschen dort ein höheres Risiko haben, an Krebs zu sterben – und das bedeutet natürlich auch, an Krebs zu erkranken –, obwohl das Erkrankungsrisiko selbst nicht genau untersucht werden konnte. Im Bereich von wenigen Kilometern ist das statistisch sehr deutlich sichtbar, danach ist nicht mehr viel zu sehen. Das ist ähnlich wie bei der KiKK-Studie: Auch dort war das Risiko vor allem im Nahbereich deutlich erhöht. Was ja auch nicht unplausibel ist.

Haben die Autor*innen eine Erklärung dafür, was genau den Krebs verursacht hat?

Sie sprechen von den radioaktiven Emissionen der Atomanlagen, die ja nicht unerheblich sind und insbesondere die unmittelbare Umgebung betreffen. Zwar konnten sie keinen kausalen Zusammenhang belegen. Wir haben aber einen Abstandsgradienten, also ein Phänomen, dessen Auftreten vom Abstand zu Atomanlagen abhängt. Es zeigt eine starke Erhöhung in der direkten Umgebung. Und wir wissen, dass Atomkraftwerke radioaktive Nuklide freisetzen und dass Krebserkrankungen durch radioaktive Nuklide ausgelöst werden können.

Die Frage, ob AKW Krebs verursachen, war schon Gegenstand vieler Studien ...

... und die gut gemachten zeigen ganz überwiegend, dass in der direkten Umgebung von Atomanlagen schon im Normalbetrieb die Kinderkrebhäufigkeit erhöht ist. Und jetzt zeigen einige das auch bei Erwachsenen. Dieser Befund ist konsistent, das heißt, er wird immer wieder gefunden, auch in anderen Ländern und mit ganz anderer Methodik. Die Hypothese ist, dass die radioaktiven Emissionen aus Atomanlagen schon im Normalbetrieb ein Krebsrisiko für die umgebende Bevölkerung darstellen. Diese Hypothese wird durch die Studienergebnisse bestätigt.

Wie viele Krebstote in den USA sind laut der Studie auf die Wohnnähe zu AKW zurückzuführen?

In 19 Jahren insgesamt rund 115.000, mit einem statischen Vertrauensbereich von 57.000 bis 173.000. Macht rund 6.000 Tote pro Jahr, unter Umständen auch 9.000 – und das ohne Reaktorunfall.

Lange Zeit war umstritten, inwiefern überhaupt geringe Strahlendosen schon gesundheitsschädlich sind.

Diese Diskussion ist wissenschaftlich eigentlich abgeschlossen, sie wird nur noch von Kreisen mit eigenen Interessen immer wieder mal aufgemacht. Es gibt aber keinen Schwellenwert für Schäden durch ionisierende Strahlung.

Dann müsste auch die natürliche Hintergrundstrahlung, die je nach Wohnort unterschiedlich ist, schon gesundheitliche Auswirkungen haben.

Ja. Es gibt gute Studien, die genau das zeigen, selbst für diese sehr geringen Dosen. Auch

für medizinische Strahlenanwendungen ist ein Krebsrisiko nachgewiesen: Kinder etwa, die mit CT untersucht wurden, haben Jahre später ein erhöhtes Krebsrisiko, und zwar proportional zur Strahlendosis, die sie abbekommen haben. Deshalb gibt es inzwischen Niedrigdosis-CTs, und die Indikation wird strenger gestellt als früher.

Lässt sich auch bei Beschäftigten in Atomanlagen ein erhöhtes Krebsrisiko nachweisen?

Da gibt es sehr große Studien mit insgesamt Hunderttausenden Beschäftigten, die ihr ganzes Berufsleben lang Dosimeter getragen haben und teilweise mehr als 30 Jahre nachverfolgt wurden. Solche Langzeitkohorten sind der Traum eines jeden Epidemiologen. Die Studien zeigen alle ein dosisabhängiges Krebsrisiko – linear ansteigend und ohne Schwelle.

Strahlung verursacht ja nicht nur Krebs, sondern auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen und zahlreiche weitere gesundheitliche Probleme. Gilt für diese ebenfalls, dass das Risiko linear ansteigt ohne Schwelle?

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, ja. Wir wissen bereits, dass auch Herzinfarkte und Schlaganfälle schon bei niedrigen Strahlendosen erhöht auftreten. Grob kann man sagen, dass zu den Krebstoten noch Todesfälle infolge anderer Erkrankungen in etwa der gleichen Größenordnung hinzukommen.

Warum ist die Frage, ob auch geringe Strahlendosen Gesundheitsschäden verursachen, immer noch so ein Politikum?

Wenn ich eine Schwellendosis unterstelle, brauche ich nicht so viel Aufwand beim Strahlenschutz zu machen, und das ist natürlich einfacher und billiger.

Selbst der US-Präsident hat sich neulich in diese Frage mit einem Dekret eingemischt.

Weil er Atomkraftwerke pushen will, ja. Das ist immer verknüpft. Es traut sich ja niemand zu sagen, dass ich, wenn ich Atomenergie nutze, immer auch mehr Krebsfälle kriege – obwohl es natürlich so ist.

Interview: Armin Simon



Im Zwischenlager Neckarwestheim stehen 99 Castor-Behälter.
 © Mick/BGZ

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Atommüll

Über eine Million Jahre – so lange muss Atommüll sicher gelagert werden. Eine kaum vorstellbare Verantwortung, die heutige und kommende Generationen tragen.

Die Stiftung Atomerbe unterstützt Betroffene, den staatlichen Umgang mit radioaktiven Abfällen kritisch zu begleiten, zu hinterfragen sowie Fehlentwicklungen zu benennen und öffentlich zu machen.

Wir, die den Atomausstieg in Deutschland erstritten haben, möchten einen Beitrag leisten, dass sich auch unsere Nachkommen für eine sichere, transparente und verantwortungsvolle Verwahrung von Atommüll einsetzen können.

Werde Teil dieses Vermächtnisses – mit einer Zustiftung, in Deinem Testament oder mit einer Spende.

Mehr erfahren:
stiftung-atomerbe.de



„Dann müssen wir hier alle weg“

Porträt | Markus Pflüger, 58, kämpft gegen Rechtsextremismus und organisiert mit dem Anti-Atom-Netz Trier Protest gegen eine Laufzeitverlängerung des AKW Cattenom



Foto: privat

„Das ist, als wenn ich mit dem Auto zum TÜV fahre, und der sagt: ‚Ihre Bremse funktioniert nicht richtig, in 20 Jahren sollten Sie die mal repariert haben.‘“

Das Anti-Atom-Netz Trier entstand aus mehreren Vorläufergruppen gegen Atomkraft. Einige haben Messstationen betrieben um das französische AKW Cattenom herum, 60 Kilometer von hier entfernt. Zum 20. Jahrestag von Tschernobyl wollten wir mal was zusammen machen, haben noch NABU, BUND und Greenpeace angesprochen und dann eine echt tolle, große Aktion bei uns auf dem Kornmarkt in Trier organisiert. Auf dem Nachtreffen haben wir dann beschlossen, weiterzumachen und an dem Thema dranzubleiben. Das ist jetzt 20 Jahre her, und im Prinzip treffen wir uns seitdem.

Damals liefen noch etliche AKW in Deutschland, Frankreich startete gerade das Endlagerprojekt in Bure, auch nicht so weit weg von hier, und dann eben das AKW Cattenom, das uns jeden Tag direkt vor der Nase bedroht. Ich war vorher in Saarbrücken im Koordinationskreis gegen Atomkraft Saar aktiv, das haben wir alles zusammengeführt.

Wir haben immer die klassischen Aktionen gemacht, Vorträge, Infostände, Mahnwachen, Kundgebungen, auch überregional, etwa in Metz und Cattenom. Über den Grenzübergang

Perl-Apach südlich von hier führen immer die Castortransporte von und nach Frankreich, auch da haben wir Aktionen gemacht. Warum wir so lange aktiv geblieben sind? Weil wir uns als Gruppe einfach gut verstehen und immer gucken, was wir auch arbeitsteilig gut schaffen können, und dass es nicht zu viel wird. Eine gute Handvoll Leute zwischen 30 und 70 bildet den harten Kern. Hinzu kommen noch ein paar drumherum, die uns bei Aktionen

unterstützen. Einer macht die Webseite, eine fuchst sich inhaltlich rein, etwa in die Gefahren von Cattenom und die geplante Laufzeitverlängerung um zehn Jahre, andere halten Reden oder organisieren den Infotisch.

Das ist ja relativ bitter, dass das AKW immer noch läuft. Wenn man überlegt, wie viele Proteste es schon gab. Ganz viele Menschen aus Luxemburg, dem Saarland, aus Rheinland-Pfalz, aber auch aus Frankreich, haben gegen den Bau protestiert. Dann ist Tschernobyl passiert, und ein paar Monate später ging Block 1 von Cattenom ans Netz. Inzwischen stehen dort vier Reaktoren, jeder hat knapp 1.400 Megawatt. Es ist eines der größten AKW in Frankreich.

Der erste Reaktor dort wird jetzt 40 Jahre alt, das war ursprünglich die Laufzeit, für die er konzipiert wurde. Wie bei vielen älteren AKW nehmen die Pannen zu. Es gab Risse. Es gibt regelmäßig Störungen und Störfälle. Die Reaktoren sind nicht gegen Flugzeugabstürze und Drohnen gewappnet, sie haben Probleme mit der Kühlung aufgrund des zunehmenden Klimawandels. Das immer wärmere Wasser verursacht zum Beispiel Probleme mit Algen, um die zu vermeiden, dürfen sie nun mehr Gift einsetzen. Bei Starkregen wiederum könnten die Pumpen überschwemmt werden. Einige Auflagen aus dem Stresstest nach Fukushima sind noch immer nicht abgearbeitet. Das muss man sich mal überlegen! Das ist, als wenn ich mit dem Auto zum TÜV fahre, und der sagt: Ihre Bremse funktioniert nicht richtig, in 20 Jahren sollten Sie die mal repariert haben. Deshalb sagen wir: Das Ding muss vom Netz, statt verlängert zu werden.

In den kommenden Jahren stehen nacheinander die 10-Jahres-Überprüfungen der vier Reaktoren an. Wir wollen, dass die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz, dem Saarland und die Staatsregierung von Luxemburg zusammenarbeiten und sich dazu was überlegen.

Wenn es in Cattenom einen schweren Unfall gibt, liegt Deutschland in Hauptwindrichtung. Unsere Region wäre wahrscheinlich mit am stärksten betroffen. Dieser Gefahr sind sich schon viele bewusst – aber die meisten sind eben auch gut im Verdrängen. Das haben wir jetzt bei unseren Aktionen zu den Jahrestagen von Fukushima und Tschernobyl gemerkt. „Um Gottes willen, Cattenom soll noch länger laufen?“, hieß es da oft. Und dann: „Wo kann ich unterschreiben?“

Auch die Politiker*innen verdrängen leicht die Gefahr. Da muss Druck kommen aus der Bevölkerung. Deswegen haben wir jetzt die Kampagne „Stopp Cattenom!“ gegen die Laufzeitverlängerungen gestartet. 8.000 haben schon unterschrieben. Die Regierungen müssten da aktiv werden. Eine Risikostudie wäre sinnvoll. Der Klageweg könnte geprüft werden. Und es muss eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung geben, bei der alle Sicherheitsdefizite auf den Tisch kommen. Damit sie mal transparent diskutiert werden. Das könnte die Stimmung schon ändern.

Aktuell sind wir dabei, Bürgermeister*innen anzusprechen, um nach Luxemburger Vorbild eine Allianz der Gemeinden gegen Atomkraft zu starten. Das gab es auch bei Fessenheim – und die Reaktoren dort sind dann tatsächlich irgendwann vom Netz gegangen. Auch das schien lange eigentlich undenkbar. Wir haben deshalb durchaus ein bisschen Hoffnung, dass wir Sand im Getriebe sein können.

Beruflich mache ich mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Das ist auch superwichtig. Aber deswegen höre ich nicht auf, mich gegen Atomkraft zu engagieren. Manchmal geht das sogar Hand in Hand. Die Rechten hetzen ja nicht nur gegen Erneuerbare,

sondern faseln auch von einer Renaissance der Atomkraft – so absurd das auch ist.

„Es fühlt sich besser an, aktiv zu sein, als nichts zu tun. Auch wenn man gegenüber diesem riesigen Atomkoloss manchmal das Gefühl hat, kaum eine Chance zu haben. Die aber wollen wir nutzen!“

Neulich habe ich auf so einer Webseite mit Freizeittipps zu Cattenom mal was zu unserer „Stopp Cattenom!“-Kampagne gepostet. Viele Leser*innen haben sich da höllisch über mich aufgeregt. Aber das zeigt ja auch was. Scheinbar haben wir da

einen Finger in die Wunde gelegt: Die wissen auch, dass das Ding hochgehen kann ...

Zum 40. Jahrestag von Tschernobyl haben wir neulich wieder eine Aktion hier in Trier gemacht.

Da gab es viel positive Resonanz. Ganz viele Leute haben Material und Aufkleber mitgenommen, die Petition unterschrieben. Der SWR hat drüber berichtet, es kam was in der Zeitung und wir haben tolle Unterstützer*innen gefunden, die jetzt auf unserer Webseite mit Statements zu finden sind. Da kommt langsam was in Gang!

Ich merke auch, es fühlt sich besser an, aktiv zu sein, als nichts zu tun. Auch wenn man gegenüber diesem riesigen Atomkoloss manchmal das Gefühl hat, kaum eine Chance zu haben. Die aber wollen wir nutzen! Durch das Handeln kommt auch wieder mehr Hoffnung. Und stell dir vor, das Ding geht hoch – dann müssen wir hier alle weg! Alle werden dann bereuen, dass sie nicht alles versucht haben.

Protokoll: Armin Simon
antiatomnetz-trier.de

Anzeige

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

50€
WECHSEL
BONUS!*

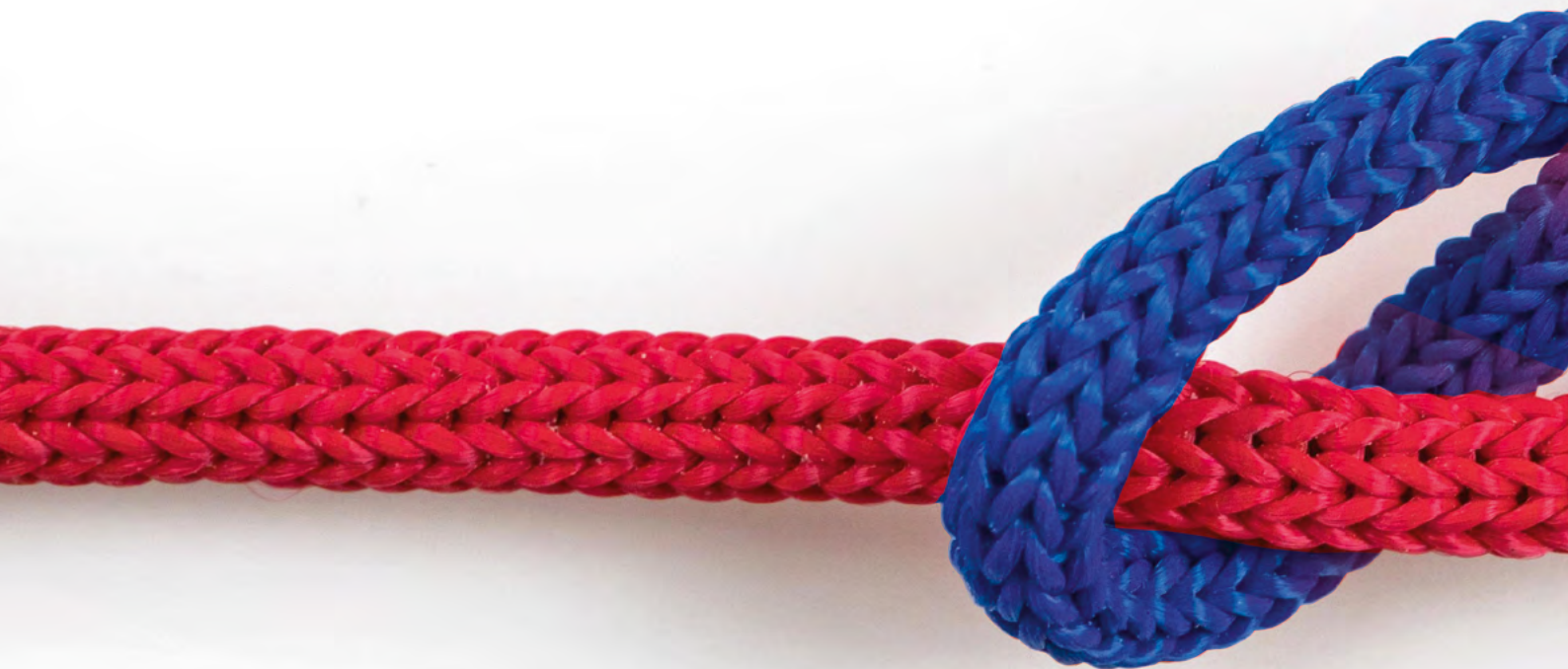
**OHNMACHT
IST KRASS.
ÖKOSTROM
IST KRASSER.**

Hol dir **100 % EWS-Ökostrom**
und fördere mit jeder verbrauchten kWh
nachhaltige Projekte weltweit!

ews-schoenau.de/oekostrom

Die Zukunft liebt ⚡ Rebell:innen.

*Gilt nur für Laufzeitangebote.



Strippenzieher der Atomlobby

Hintergrund | Atomkraft gilt vielen in Frankreich als Symbol nationaler Souveränität. Doch hinter den Kulissen sitzt ein gut vernetzter Atominfluencer, der seit Jahren für Putins Atomkonzern arbeitet

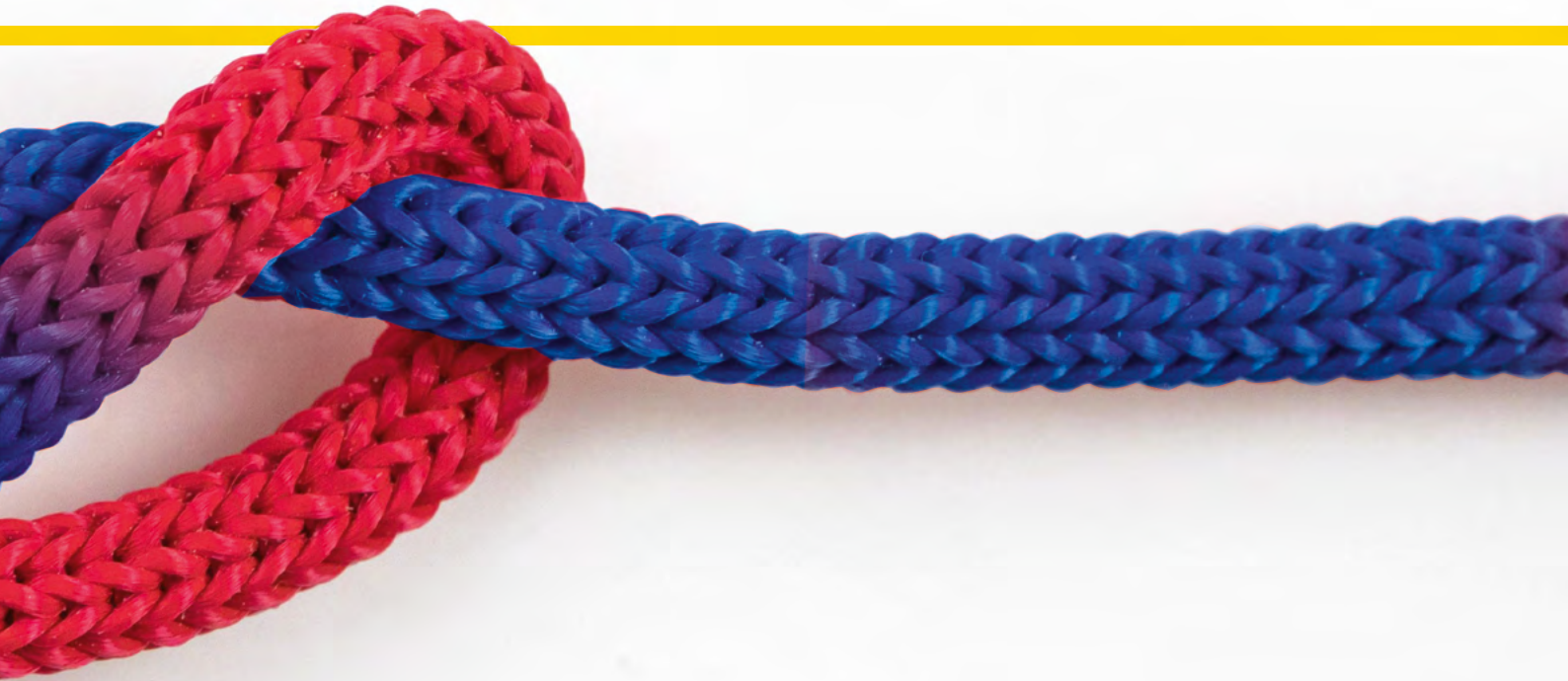
Der Testballon steigt Ende 2023, ein halbes Jahr vor der französischen Parlamentswahl, und provoziert prompt Wirbel in der Presse. Marine Le Pen, Fraktionsvorsitzende des rechtsextremen Rassemblement National (RN), inszeniert ein Treffen mit einem der umstrittensten Manager des Landes: Henri Proglio. Als Vorstandsvorsitzender des staatlichen Atomkonzerns Électricité de France (EDF) war er einst einer der mächtigsten Wirtschaftsbosse des Landes, bis er – dazu später mehr – 2014 als unhaltbar galt. Jetzt hilft er, die Rechtsextremen salonfähig zu machen, ihnen den Weg an die Macht zu ebnen. Gerüchte kursieren, dass er ins Wirtschaftsministerium berufen würde, sollte der RN eine künftige Regierung anführen.

Proglio war seit September 2004 Mitglied des Verwaltungsrats von EDF. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy machte ihn 2009 zum Chef des Atomriesen. Der steckte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Proglio sollte die Milliardenlöcher stopfen.

Atomexporte in Krisenregionen

Kritiker*innen halten den Putin-Fan¹, der sich selbst als „Killer“ bezeichnet,² allerdings für „nicht so erfolgreich, wie er glauben machen möchte“³. Geklärt ist inzwischen, dass Sarkozy gemeinsam mit Proglio Atomkraftwerke an den libyschen Diktator Gaddafi verhöckern wollte, welcher im Gegenzug geldschränkeweise Wahlkampfhilfen in den Elysee-Palast schickte.

- 1 Paris Match, 30.10.2020.
- 2 Carolin Michel-Aguirre, Die Gewerkschafterin, 2025, S. 60.
- 3 La Tribune, 22.05.2013.
- 4 L'Express, 10.04.2012.
- 5 Le Nouvel Obs, 10.10.2025.
- 6 Oe24.at, 12.08.2025.
- 7 Le Nouvel Obs, 10.10.2025.
- 8 Henri Proglio, 24.07.2023.
- 9 Investigate Europe 07.10.2022.
- 10 Henri Proglio, 24.07.2023.
- 11 Le Nouvel Obs, 10.10.2025.
- 12 Rosatom Europe, 2026.
- 13 Henri Proglio, 24.07.2023.



Sarkozy, so stänkernte „Atomic Anne“ Lauvergeon, die geschasste Chefin des Atomkonzerns AREVA, habe „zugelassen, dass sich ein System aus Clans, Banden und Pfründen entwickelte“⁴, das Atomtechnikexporte in Krisenregionen vorantrieb. Proglío knüpfte Bande mit chinesischen Herrschern, mit Gaddafi, mit der saudischen Bin Laden Group und weiteren zweifelhaften Geschäftspartner*innen. Er war es auch, der mit seinem Zwillingbruder René Proglío, Frankreich-Chef der Investmentbank Morgan Stanley, den Rückkauf von EnBW-Aktien von EDF durch das Land Baden-Württemberg organisierte. Der Preis dafür war überteuert, den Schaden trug das Land. EDF war fein raus, und mindestens einer der beiden Proglíos machte seinen Schnitt.

Sarkozy und Henri Proglío, die beiden kleinen Herren mit Napoleon-Syndrom, waren stets bemüht, ihre starken Bande zu kaschieren – ein Fotograf, der Proglío auf Sarkozys Party erwischte, durchkreuzte den Plan. Sarkozy, dem präsidentialen Hochleistungs-Außendienstler der französischen Atomwirtschaft, wurde seine Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ inzwischen gerichtlich bestätigt; der Ex-Präsident saß dafür sogar ein paar Wochen hinter schwedischen Gardinen. Proglío konnte vor Gericht seinen Kopf kürzlich aus der Schlinge ziehen – es ging um Vetternwirtschaft und mil-

lionenschwere Beraterverträge; der Ex-Atom-Boss sitzt heute hinter diskret verschlossenen russischen Türen.

Freunde im Kreml

Schon 2010, als EDF-Chef, fädelt Proglío diverse Kooperationen mit der russischen Energiewirtschaft ein. Besonders bemerkenswert sind seine Verbindungen zu Sergej Kirijenko, seinerzeit Chef von Rosatom. Für EDF und Rosatom unterzeichnen Proglío und Kirijenko mit großem Pomp beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg im Juni 2010 ein Kooperationsabkommen. Präsident Sarkozy wirft mit seiner Anwesenheit den nötigen Glanz auf seinen Protegé. „Von diesem Tag an stellte Henri Proglío Kirijenko als seinen Freund vor, und er wurde in Russland sehr gut eingeführt“, so ein Ex-EDF-Manager.⁵

Kirijenko ist inzwischen zum Top-Vertrauten Putins aufgestiegen, gilt als dessen möglicher Nachfolger. Vom Präsidentenpalast aus orchestriert der Chef-Propagandist Desinformationskampagnen, um den Einfluss des Kreml im Internet auszuweiten, organisiert als „Vizekönig des Donbass“ manipulierte Referenden, infiltrierte Lehrpläne und Kultur mit Putins Narrativen.⁶ Und er soll die Einflussnahme auf Frankreich steuern, mit dem Ziel, „die westliche Unterstützung für die Ukraine im Krieg zu untergraben“.⁷

Proglío bezeichnet sein Verhältnis zu Kirijenko dessen ungeachtet als „privilegiert und freundschaftlich“.⁸ Sein Bekenntnis zu „den Russen“ als „unsere natürlichen Partner im Nuklearsektor“ ist unerschütterlich. Schließlich stammen „die Brennstoffe, mit denen unsere Atomkraftwerke laufen, größtenteils aus Russland“.

Versicherung gegen Atom-Sanktionen

„Warum bleibt die Atomindustrie verschont?“ fragen *Investigate Europe* und *Tagesspiegel* schon 2022.⁹ In keinem einzigen der mittlerweile 19 EU-Sanktionspakete gegen Russland taucht der Atomsektor auf. Die gemeinsame Recherche kommt zum Schluss: „Für die enge Verbindung zwischen der französischen und der russischen Atomindustrie steht nicht zuletzt

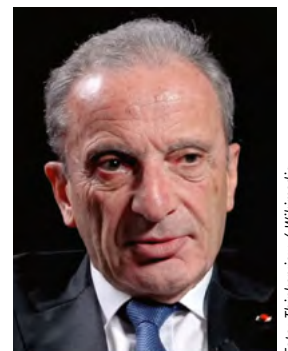


Foto: Thinkerview / Wikimedia

Henri Proglío, der ehemalige Vorstandsvorsitzende des staatlichen französischen Stromversorgers EDF, der bis heute im internationalen Beirat von Rosatom sitzt.“ In dem Atomkonglomerat, zugleich Staatskonzern und Behörde, hat Putin den kompletten zivilen und militärischen Atomsektor Russlands gebündelt und direkt dem Kreml unterstellt. Und er nutzt es als geopolitisches Instrument zur Ausweitung seines Einflusses in Europa und anderswo.

Zusätzlich zu seinem Beiratsposten bei Rosatom, den er 2014 nach seinem Ausscheiden bei EDF antritt, unterhält Proglío seit rund zehn Jahren mehrere Beraterbüros in Moskau. Das ist pikant, denn er ist in die strengsten Geheimnisse der zivil-militärischen Atommacht Frankreich eingeweiht.

Zwar kann er Dinge durchaus für sich behalten – selbst gegenüber dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Paris, der ihn Ende 2022 zum Verlust der Energiesouveränität Frankreichs vernahm, verschwieg er seine lukrativen Tätigkeiten, unter anderem von Henri Proglío Consulting und HP Energy Advisory in Moskau. Ob das jedoch immer zum Wohle Frankreichs beziehungsweise Europas geschieht, ist mehr als fraglich. Wie wirksam der Undercover-Netzwerker hinter den Kulissen die Strippen zieht, damit

die EU-Atomjunkies allen Sanktionspaketen zum Trotz abhängig bleiben von Putins Gnaden – und von Lieferungen und Dienstleistungen seines Atomkonzerns –, ist kaum transparent. Klar ist nur, dass die Importabhängigkeit der europäischen und französischen Atomindustrie, die Proglío unproblematisch findet, der von ihm öffentlich beschworenen „Energieunabhängigkeit Frankreichs“¹⁰ irgendwie entgegensteht.

Tektonische und andere Verwerfungen

Quasi monatlich pendelt der Atomberater zwischen Paris und Moskau. Seit die EU und Russland ihren Flugraum wechselseitig gesperrt haben, reist er über Serbien oder die Türkei.¹¹ Das erscheint nicht unpraktisch, ist Proglío doch auch Mitglied des Verwaltungsrats der türkischen Rosatom-Tochter, die für den lupenreinen Putin-Freund Erdoğan vier Reaktorblöcke „sowjetischer Bauart“ in die anatolische Erdbebenidylle von Akkuyu setzt. Proglío hat mit tektonischen Verwerfungen ebenso wenig Probleme wie mit gesellschaftlichen.

Die französische Tochtergesellschaft Rosatom Western Europe SARL eröffnet am 15. Oktober 2014 in Paris ihr „Operationszentrum“ für Westeuropa.¹² Einen Tag zuvor muss Proglío bei

EDF seinen Hut nehmen. Umgehend nimmt er zwei neue Posten an: eine Führungsposition an der Spitze des französischen Rüstungsgiganten Thales und jenen im Beirat von Rosatom. Das allerdings erklärt die Regierung Hollande für unvereinbar – und setzt Proglío im Mai 2015 die Pistole auf die Brust. Entweder Thales oder „vergütete Verpflichtungen bei großen Akteuren des militärischen und zivilen Sektors, insbesondere der russischen Atomindustrie“, insistiert der damalige Wirtschaftsminister Emmanuel Macron. Proglío entscheidet sich für Rosatom.

Auch nach Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine, an dem sich der Kremkonzern aktiv beteiligt, pflegt der umtriebige Geschäftsmann „ein freundschaftliches Verhältnis zu meinen russischen Freunden“ und sieht „keinen Grund, sie durch eine Rücktrittsankündigung zu beleidigen“.¹³

Sollte Proglío unter einer extrem rechten Regierung tatsächlich das französische Wirtschaftsministerium übernehmen, könnte das Pariser Rosatom-Regionalbüro seine Aktivitäten in Belgien, Österreich, Großbritannien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Finnland, Frankreich, Schweden und der Schweiz sicher unter für Russland günstigeren Konditionen koordinieren.

Eva Stegen, Armin Simon

Die Langfassung des Artikels gibt's unter eva-stegen.de

Eva Stegen ist Übersetzerin des Buchs „Die Gewerkschafterin – im Räderwerk der Atommafia“ von Caroline Michel-Aguirre, aus dem viele Informationen in diesem Artikel stammen.

”

Ich unterstütze .ausgestrahlt auch über mein Leben hinaus mit einer Testamentspende. Damit die, die nach mir kommen, eines Tages ohne Atomgefahren leben können.“

Vera Choulant, Lilienthal



ausgestrahlt.de/testament-ratgeber

ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

.ausgestrahlt-Shop



Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst. Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop

NEU FAQ „Wie Atomkraft dem Klimaschutz schadet“

Atomkraft verschärft die Klimakrise. Das Festhalten an der Hochrisikotechnologie bremst die erneuerbaren Energien und den nötigen Umbau der Energieversorgung. Ein Faktenpapier. *DIN A5, vierseitig – M-321-02*



KEIN ATOMMÜLL VON JÜLICH NACH AHAUS

Plakat „Atommüll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-55



Transparent „Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

300 x 60 cm – M-302-56

SCHWEIZER AKW ABSCHALTEN

NEU Broschüre „Grenzenloses Risiko“

Zusammenfassung der „Studie zur Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“, Hrsg.: Trinationaler Atomschutzverband

DIN A4, 20 Seiten – M-322-12



NEU Aktionspostkarten „Uralt-AKW Leibstadt: Risiko ja, Mitsprache nein?“

Die Schweiz bricht internationales Recht, weil sie das AKW an der deutschen Grenze einfach länger laufen lässt. Die baden-württembergische Umweltministerin muss in Berlin einfordern, dass Deutschland dazu ein Schiedsverfahren einleitet

DIN A4-Bogen mit drei Aktionspostkarten, zweiseitig – M-322-13



Plakat „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“

DIN A3 – M-322-02



Aufkleber „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“

Ø 11 cm – M-322-01

FAQ „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten!“

DIN A5, vierseitig – M-322-03

Luftballon „Heimat schützen – Schweizer AKW abschalten“

Naturkautschuk, Ø 36 cm – M-322-06



ATOMKRAFT? NICHT SCHON WIEDER!

Aufkleber „Atomkraft? Nie wieder!“

Wetterfest, Ø 5,5 cm – M-123-05



Fahnen „Atomkraft? Nein danke“

Setze ein Zeichen, lass die Anti-Atom-Sonne wehen! Wetterfest. Für Fahrräder, Fenster, Türen und Balkongeländer ebenso wie für Mahnwachen, Demos und Aktionen ...

Klein, 38 x 30 cm – V-123-07

Groß, 90 x 60 cm – V-123-09

Maxi, 40 x 120 cm – V-123-11



ATOMMÜLL

Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitlager. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern als ursprünglich behauptet.

DIN lang, achtseitig – M-302-42



Flyer „Das Märchen von der Transmutation“

Warum der Atommüll bleiben wird – und sich nicht „wegzaubern“ lässt.

DIN lang, achtseitig – M-309-21



Flyer „Fehlstart Standortsuche“

Der Staat sucht ein Atommüll-Lager: Warum der sogenannte „Neustart“ keiner ist und die Öffentlichkeitsbeteiligung lediglich Teil einer PR-Kampagne.

DIN lang, sechsseitig, aktualisierte Neuauflage 2026 – M-302-30

.ausgestrahlt

NEU .ausgestrahlt-Magazin Nr. 67

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-67



! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de



Foto: Daniel Schoenen

Grenzüberschreitende Strahlen

Die Scheinwerfer der Wachmannschaft können nichts ausrichten gegen die Zehntausenden Lumen, mit denen .ausgestrahlt Anfang März den Kühlturm des Schweizer AKW Leibstadt vom deutschen Rheinufer aus bestrahlt. „Fukushima mahnt: Schweizer Uralt-AKW abschalten!“ leuchtet es weithin sichtbar in die Nacht. .ausgestrahlt informiert mit Veranstaltungen über die Atomgefahr und unterstützt Atomkraftgegner*innen bei Mahnwachen zum Thema. Diverse Kommunen und der Kreistag von Waldshut befassen sich mit den Folgen eines Reaktorunfalls, immer mehr

Gemeinden schließen sich einer Resolution an die baden-württembergische Landesregierung an. Diese bekräftigt in ihrem neuen Koalitionsvertrag mit Blick auf die Schweizer Uralt-AKW ihr „großes Interesse an kontinuierlicher Information zu sicherheitsrelevanten Themen“. Bei der Laufzeitverlängerung der Uraltmeiler verweigert die Schweiz bislang Information und Mitsprache und bricht damit internationales Recht. Bundes- und Landesregierung, fordert .ausgestrahlt, dürfen dies nicht hinnehmen.

Seite 5 und ausgestrahlt.de/schweiz

Demos und Sitzblockaden gegen Castorlawine

Von Protesten begleitet starten Ende März die umstrittenen Castortransporte vom Zwischenlager Jülich ins Zwischenlager Ahaus. Die LKW rollen quer durch dicht besiedelte Gebiete. .ausgestrahlt kritisiert das überflüssige und gefährliche Verschieben des hochradioaktiven Atommölls und unterstützt Mahnwachen, Kundgebungen und Aktionen von Atomkraftgegner*innen und Initiativen entlang der Strecke.



Foto: Lars Hoff



Foto: Anna Stender

Großdemos für die Energiewende

Mehr als 80.000 Menschen gehen am 18. April in vier Großstädten auf die Straße, um die Energiewende zu verteidigen. .ausgestrahlt unterstützt das Demo-Bündnis und ist in Hamburg mit dabei – für eine konsequent erneuerbare Zukunft in ganz Europa. Anlass der Proteste sind die Pläne von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), die Erneuerbaren auszubremsen und stattdessen fossile Kraftwerke sowie Atomprojekte zu fördern.

Drohnen über Atommöll

Für lebhaftere Diskussionen sorgt ein Vortrag von .ausgestrahlt-Atommöll-Referent Helge Bauer am 22. April in Schweinfurt über Sicherheitsdefizite von Zwischenlagern. .ausgestrahlt-Gutachten belegen, dass die Hallen nur unzureichend gegen Drohnenangriffe geschützt sind.

ausgestrahlt.de/zwischenlager

Putin lässt die Korken knallen – 125.000 protestieren

In Feierlaune köpft der russische Präsident Putin am 5. März vor dem Rathaus in Lingen eine Magnumflasche „Krimsekt“. Anlass ist die laut Medienberichten vom Bundesumweltministerium ausgesprochene Empfehlung, den Einstieg des Kreml-Konzerns Rosatom in die Brennelementefertigung in Lingen zu genehmigen. Nicht nur wegen des Ausbaus der Atomfabrik, sondern auch wegen der Beteiligung Rosatoms am Krieg gegen die Ukraine stößt dies vielen übel auf. .ausgestrahlt warnt vor wachsender Abhängigkeit der EU und sicherheitspolitischen Risiken.

Binnen weniger Tage fordern an die 125.000 Menschen mit .ausgestrahlt, die Atomkooperation mit dem Kreml nicht zu genehmigen. Der zuständige niedersächsische Umweltminister Christian Meyer (Grüne) ist an die Empfehlung aus Berlin nicht gebunden. ausgestrahlt.de/lingen



Foto: Lars Hoff

15 Jahre Fukushima, 40 Jahre Tschernobyl: Erinnern heißt handeln

In zahlreichen Städten versammeln sich Menschen rund um die Jahrestage der beiden bisher schlimmsten Atomunfälle zu Mahnwachen und Kundgebungen. .ausgestrahlt unterstützt sie mit Material und Öffentlichkeitsarbeit.

ausgestrahlt.de/jahrestage



Mahnwachen in [1] Lüneburg, [2] Brugg (CH), [3] Mosbach, [4] Konstanz und [5] Buxtehude

Fotos: [1] Ute Bruckhoff, [2] Heini Glauser, [3] Carsten Tröst, [4] Klaus Brauch-Dylla, [5] Thomas Ringleben-Fricke

178.000 Unterschriften gegen EU-Atompläne

„Finanziert Klimalösungen, nicht Atomprobleme“, fordert .ausgestrahlt mit einem Bündnis europäischer Anti-Atom-Initiativen am Jahrestag der Fukushima-Katastrophe vor dem Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel. Im Entwurf des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens der EU stehen Milliarden für neue Atomprojekte, unter anderem für kleine modulare Reaktoren (SMR) – Geld, das dringend für den Ausbau der Erneuerbaren und für echten Klimaschutz benötigt wird.



Foto: Florian Baillet

Mehr als 178.000 Menschen fordern bei einer von .ausgestrahlt gestarteten Unterschriftenaktion von der Bundesregierung klare Priorität für Erneuerbare statt Atomkraft – auch in Brüssel: Deutschland muss mit seinem Nein milliardenschwere EU-Subventionen für Atomkraft, kleine Reaktoren und andere Atomprojekte verhindern. Umweltminister Carsten Schneider (SPD) nimmt die Unterschriften am 21. Mai bei einer öffentlichkeitswirksamen Aktion in Berlin entgegen.

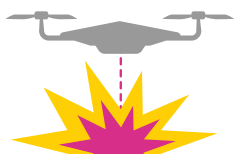
ausgestrahlt.de/europa

Protest gegen Atomfinanzierung bei Weltbank-Tagung

Einen klaren Fokus auf erneuerbare Energien und keine öffentlichen Gelder für Atomenergie fordern Urgewald, .ausgestrahlt und weitere Organisationen am 17. April in Berlin bei der Frühjahrstagung der Weltbank.



Foto: Urgewald



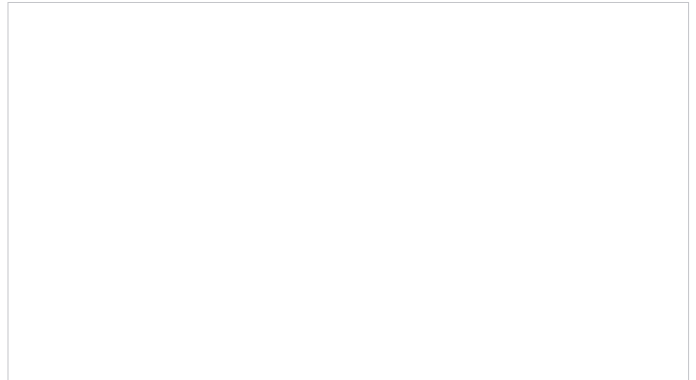


„Ich unterstütze .ausgestrahl, weil sie mit Sachverstand, Erfahrung und Leidenschaft gegen den gefährlichen Mythos von der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie anarbeiten.“



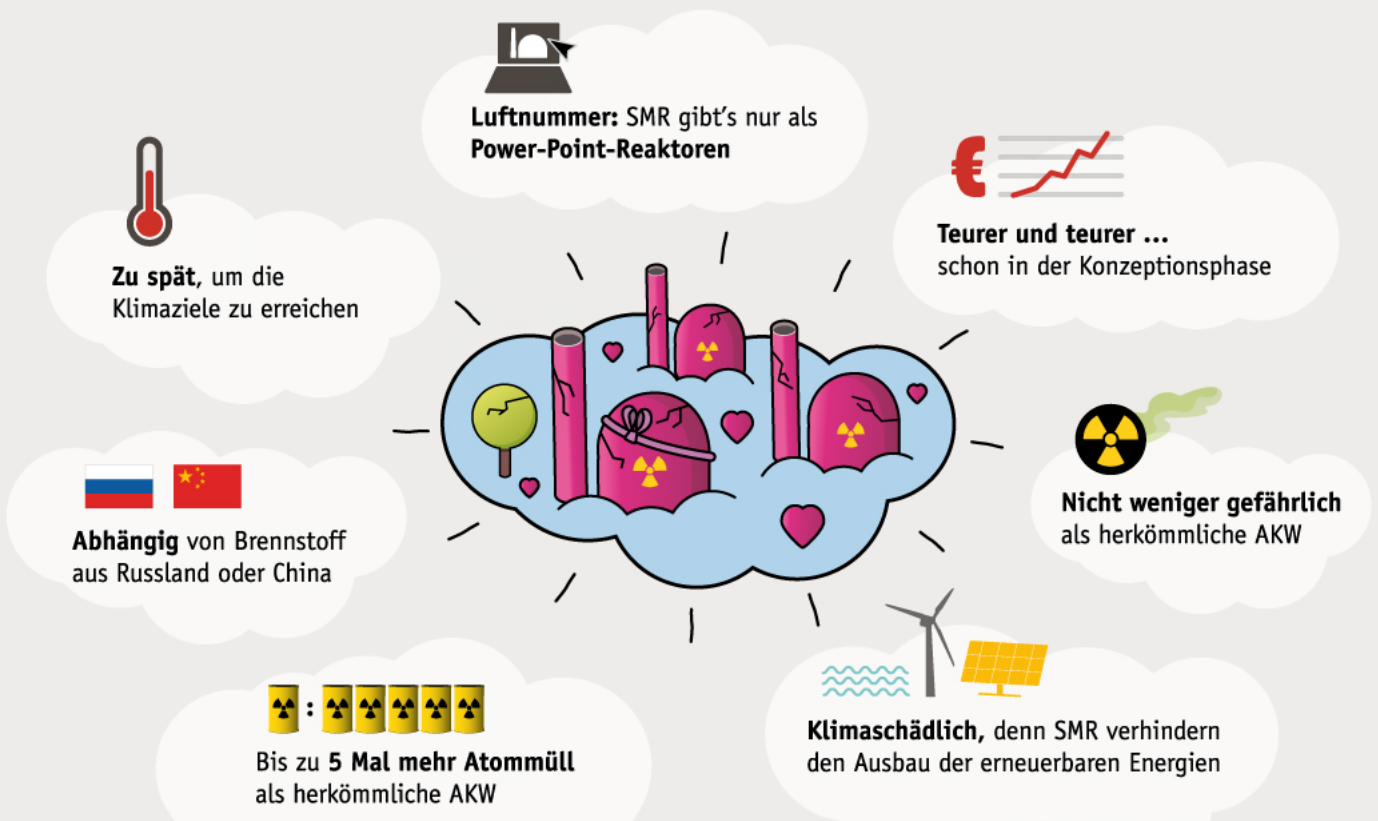
Foto: privat

Renate Maurer-Hein, Oppenheim



Kleine Reaktoren, große Lügen

Infografik | Sogenannte „kleine modulare Reaktoren“ (SMR) lösen weder Klimakrise noch Energieprobleme – selbst wenn es sie irgendwann einmal in echt geben sollte. „Heimische Energiequelle“ werden sie nie sein



.ausgestrahl fordert:

- Energiewende statt Atomillusionen: Keine Förderung von SMR und anderen Atomprojekten!
- 100 % Erneuerbare jetzt: Volle Kraft für eine Energieversorgung aus Sonne, Wind & Co.